

- 800 permanent ausgewertete Zeitschriften
- Hinweise auf wichtige Fachliteratur
- Buchbesprechungen im Volltext
- Veranstaltungshinweise . . .

Aktuelle Zeitschriftenliste

Rezensionsangebote

Werte LeserInnen,

 bietet wieder reichen Lesestoff zu hochaktuellen Themen.

Mr. Jones zum Beispiel.

Der wurr agierende Fundamentalist hat nach Jahren in Köln seine Sektenführerschaft wieder in die USA verlegt und hält mit gerade einmal 50 Gemeindemitgliedern die Weltpresse in Atem und treibt Herrn Obama im OVAL OFFICE in die Ecke.

Damit entsteht die Frage: Können wir – aus strafrechtlicher Perspektive betrachtet – vor solch hirnlosem Tun in Deutschland sicher sein? (Sachgruppe 7)

Ein anderer zündelt ebenfalls. Der Herr Sarrazin bewegt weiterhin die Gemüter: Der eine stellt die Frage, wie man ihn los wird, der andere fordert auf, sich mit dessen "äußerst hilfreichen Schlussfolgerungen" zu beschäftigen und wünscht sich einen angemessenen Umgang damit. (Sachgruppe 3)

Welchen Irrtümern die Boulevardpresse in Sachen "Glücksspiel" aufsitzt, das erfahren Sie in Sachgruppe 29, die u.a. auch dieses Sachgebiet abgedeckt.

... und zum Apotheken-Bonussystemen finden Sie einen Verweis zu einem LTO-Beitrag in Sachgruppe 21.

Das Straßenrecht, das Straßenverkehrsrecht und die Verkehrssicherungspflichten sind Thema einer aktuellen Buchbesprechung in Sachgruppe 11 von Herr Dr. Landel (Augsburg) – im Volltext.

Wir wünschen – auch bei allen anderen Informationen – gewinnbringende Lektüre.

Ihr Kuselit-Team

1. Jur. Professionen | Kanzlei | Beratung | Kosten

2. Recht: Allgemein

3. Staats- und Verfassungsrecht

4. Gesetze und Verordnungen

5. Landesrecht | Kommunalrecht

6. Verwaltungsrecht

7. Glaube | Religion | Kirche

8. Gerichtsverfassung | Prozessrecht

9. Privatrecht

10. Familie | Partnerschaft | Trennung | Erbe

11. Verkehr | Transport | Reise

12. Strafrecht und Nebengebiete

13. Arbeitswelt | Arbeitsrecht

14. Sozialrecht

15. Wirtschaftsrecht

16. Wettbewerb | Kartellrecht

17. Gewerblicher Rechtsschutz

18. Steuerrecht

19. Umwelt | Agrar | Energie

20. Bauen | Wohnen | Immobilien

21. Gesundheit | Medizin | Lebensmittel

22. Medien | Telekommunikation | Post | Internet

23. Versicherung | Banken | Wertpapiere

24. Asylrecht | Ausländerrecht

25. Europa | Europarecht

26. Internationales Recht

27. Politik | Geschichte | Philosophie | Soziologie

28. Wirtschaftswissenschaften

29. Sonstiges

IMPRESSUM | ANHANG

1. Münchner Litigation-PR-Tagung

„Litigation-PR: Alles was Recht ist – Kommunikation rund um den Gerichtssaal“

16. September 2010, München

Auf der 1. Münchner Litigation-PR-Tagung werden Experten Einsichten und Ausblicke zur Kommunikation juristischer Auseinandersetzungen geben. Zu den Referenten gehören u.a. Brigitte Koppenhöfer (Vorsitzende Richterin im Mannesmann-Prozess), Professor Dr. Joachim Jahn (F.A.Z.) und Dietrich Schulze van Loon (Geschäftsführender Partner Molthan van Loon).

Kommunikation im Spannungsfeld von Journalismus, PR und Recht entwickelt sich zu einer eigenständigen Disziplin: Litigation-PR. Es geht um Kommunikation von juristischen Auseinandersetzungen.

Die Tagung soll eine Bestandsaufnahme der bisherigen Positionen bieten und weiterführende Positionen entwickeln:

Wo wir heute stehen: Wie funktioniert – anhand konkreter Beispiele - Litigation-PR derzeit in Deutschland? Welche Ziele verfolgt man damit?

Bewertung: Sollte Litigation-PR eher Prozess begleitend informativ arbeiten oder bewusst beeinflussend wirken?

Perspektiven: Welche ethischen, rechtlichen und arbeitstechnischen Konsequenzen ergeben sich daraus? Welchen Einfluss hat Litigation-PR auf das Verhältnis von PR-Beratern, Medienvertretern, Anwälten, Staatsanwälten und Richtern? Und welche wissenschaftlichen Fragen stehen damit in der nächsten Zeit im Vordergrund?

www.mhmk.de

Sabine Jungbauer

Rechtsanwaltsvergütung

5. Aufl., Heidelberg 2010
Müller 2010
600 S., 54.95 €
ISBN 978-3-8114-4519-2

In praxisnaher und übersichtlicher Form behandelt das Buch die Problemstellungen, die sich bei der Streitwertermittlung und Gebührenabrechnung ergeben können. Es wendet sich vor allem an Anwälte und deren Mitarbeiter (RA-Fachangestellte, Rechtsfachwirte), die die Abrechnungen durchführen. Tipps, Formulierungsvorschläge, Muster, Checklisten und Beispielfälle ergänzen die Ausführungen.

- enthält die bis Juli 2010 ergangene Rechtsprechung zum RVG
- berücksichtigt die zum 1.9.2009 in Kraft getretenen Änderungen in Familiensachen durch das FamFG und FamGKG wie auch die Änderungen im RVG im Beratungsbereich durch das KostRMoG und andere Gesetze
- behandelt umfangreich strittige Themen wie die Anrechnung der Geschäftsgebühr, Einigungsgebühr bei Ratenzahlungsvergleichen oder die Terminsgebühr für Erledigungsbesprechungen
- enthält ein umfangreiches Kapitel zur Berechnung der Streitwerte
- wurde um neue Kapitel erweitert, wie z.B.
- Anwalt und Rechtsschutzversicherung
- Anwalt und Berufsrecht im Hinblick auf das Vergütungsrecht
- RVG im gewerblichen Rechtsschutz

www.hjr-verlag.de

Paul E. Mertes

E-Mails im Rechtsverkehr: keine Lappalie
DuD 9/2010, 633-637

Monika Kessel | Stefan Lissner
Joachim Dietrich | Silke Eilzer
Rita Germann

Handbuch zur Beratungs- und Prozess-/Verfahrenskostenhilfe

Handbuch und Leitfaden für die Praxis

Stuttgart 2010
550 S., 64.00 €
ISBN 978-3-17-021054-7

Seit dem Inkrafttreten des Beratungshilfegesetzes im Jahre 1981 hat die Beratungshilfe einen immer größer werdenden Stellenwert in der juristischen Praxis angenommen. Das vorliegende Handbuch behandelt daher in erster Linie die Thematik und Praxisprobleme des Beratungshilferechts und wendet sich an alle, die Berührungspunkte mit diesem komplexen und zum Teil schwer überschaubaren Rechtsgebiet haben. Die Lehrinhalte werden durch viele für die Praxis dienliche Hinweise, Praxistipps, Beispiele und Formulierungshilfen ergänzt. Der zweite Teil des Buches führt den Leser in die Thematik des Prozess- und Verfahrenskostenhilferechts ein. Schwerpunkt ist dabei die Darstellung der Voraussetzungen für die Bewilligung der Prozess-/Verfahrenskostenhilfe und der Beiordnung eines Rechtsanwalts.

www.kohlhammer.de

BGH

Unfallschadensregulierung: Stundenverrechnungssätze: Sonderkonditionen zählen nicht
v. 22.06.2010 - VI ZR 337/09 -
VRA 9/2010, 145

Markus Wollweber

Honorarsicherung in der wirtschaftlichen Krise des Mandanten
DStR 35/2010, 1801-1808

2. Recht Allgemein

Holm Putzke

Juristische Arbeiten erfolgreich schreiben

Klausuren, Hausarbeiten, Seminare
 Bachelor- und Masterarbeiten

3. Aufl., München 2010
 210 S., 9,90 €
 ISBN 978-3-406-60701-1

Dieses Werk vermittelt die wichtigsten Kenntnisse für die Erstellung juristischer Arbeiten, sowohl in Form von Klausuren als auch in Form von schriftlichen Arbeiten wie Hausarbeiten, Seminararbeiten, Dissertationen, Habilitationen sowie Bachelor- und Masterarbeiten

Inhalt:

- Empfehlungen für das Herangehen an schriftliche juristische Arbeiten mit konkreten Arbeitsschritten,
- grundlegende Hinweise zur Sprache,
- eine anschauliche und umfassende Anleitung zur formalen Gestaltung schriftlicher Arbeiten,
- Hinweise zum richtigen Umgang mit Literatur und Rechtsprechung, konkret zur Zitierweise sowie zur Gestaltung der Fußnoten und des Literaturverzeichnisses,
- zwei komplette Musterarbeiten,
- zahlreiche Tipps zum Umgang mit gängigen Textverarbeitungsprogrammen.

Ergänzt wird das Buch durch Ratschläge für die richtige Auswahl von Ausbildungsliteratur und im Anhang durch Vorlagen von Deck- und Titelblättern.

Das Werk dient damit im gesamten Studium und darüber hinaus als Anleitungsbuch für die Erstellung von Texten und, wegen seines immer aktuellen Inhalts, zum Nachschlagen.

Zur Neuauflage:

In der Neuauflage wurde das Kapitel zur sprachlichen Gestaltung einer schriftlichen Arbeit erweitert sowie der Abschnitt über das Zitieren ergänzt. Eingearbeitet wurden ferner Hinweise zur Gestaltung eines

Glossars. Schließlich wurden auch die Formatierungsanleitungen stark überarbeitet.

Zielgruppe:

Für alle, die schriftliche juristische Ausarbeitungen anfertigen wollen oder müssen, besonders Studierende, Referendare, Doktoranden und Habilitanden.

www.beck-shop.de

150 Jahre Deutscher Juristentag
 1860 - 2010

68. Deutscher Juristentag Forum Gleichstellung

21.-24.09.2010, Berlin

Geschlecht – Kein Thema mehr für das Recht?

Die Zahlen sind bekannt und sprechen für sich: Frauen verdienen in Deutschland im Schnitt knapp ein Viertel weniger als Männer, die Teilzeiterwerbsquote beträgt bei Frauen 46 Prozent, Frauen sind in Führungspositionen sowie in demokratischen Gremien weit weniger vertreten als Männer, sie leisten den Großteil der Arbeit im Haushalt, in der Kindererziehung und in der Pflege älterer Angehöriger. Gleichzeitig haben junge Frauen nach der Ausbildung mittelfristig bessere Chancen auf einen adäquaten Arbeitsplatz als junge Männer, über zwei Drittel der erwerbstätigen Frauen, aber nur die Hälfte der erwerbstätigen Männer arbeiten im zukunftsträchtigen Dienstleistungssektor, in Westdeutschland gibt es deutlich mehr langzeitarbeitslose Männer als Frauen und nur ein Fünftel aller jungen Väter erhält Elterngeld.

Kurzum: trotz rechtlicher Gleichstellung von Frauen und Männern zeigen die Statistiken auch heute noch in vielen Bereichen deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. Angesichts dieses Befundes könnte sich die Vermutung aufdrängen, dass die grundgesetzliche Forderung nach Gleichstellung und zu-

mindest ein Teil der Gesetze zur Verwirklichung derselben ohne spürbare Wirkungen bleiben:

Vor diesem Hintergrund will das Forum des 68. dtj der Frage nachgehen, welche Bedeutung Zahlen wie die oben genannten für Recht im Allgemeinen, Gesetzgebung wie auch alltägliche Rechtsanwendung haben und haben sollten. Welche Schlussfolgerungen können aus der Diskrepanz zwischen dem rechtlichen Anspruch einerseits und der Rechtswirklichkeit andererseits gezogen werden? Welchen Einfluss hat das Recht überhaupt auf solcherlei Fakten? Ist Recht ein notwendiges oder auch nur ein adäquates Mittel, um sich mit derlei Unterschieden auseinanderzusetzen oder muss der gesellschaftliche Prozess womöglich an vollkommen anderen Orten bzw. auf anderen Wegen fortgeführt werden?

Im Rahmen der Podiumsdiskussion soll der Versuch unternommen werden, diese und andere Fragen zu stellen, zu beantworten und so den spannungsreichen Wechselwirkungen zwischen Recht und Realität einen Schritt näher zu kommen.

www.djt.de

Irmtrud Wojak

Fritz Bauer 1903-1968. Eine Biographie, München 2009.

Rezension Matthias Meusch unter www.sehepunkte.de/2010/03/15777.html

Albrecht Dehnhard

Das Versagen der Staaten und die Staatslehre Hermann Hellers

RuP 3/2010, 179-182

Hendrik Wassermann

Vergessene Juristen: Franz von Holtzendorff (1829-1889) - Humanist, Strafrechtsreformer, Sozialpolitiker

RuP 3/2010, 183

3. Staats- und Verfassungsrecht

Hans H. von Arnim (Hrsg.)

Defizite in Staat und Verwaltung

Beiträge

auf der 10. Speyerer Demokratietagung
vom 25. und 26.10.2007
an der Deutschen Hochschule
für Verwaltungswissenschaften Speyer

Schriftenreihe der Hochschule Speyer,
Bd. 203
Berlin 2010
177 S., 68.00 €
ISBN 978-3-428-13262-1

Die 10. Speyerer Demokratietagung stellte ein kleines Jubiläum dar. Deshalb wurde, getreu dem Speyerer Ansatz, praxisnah und fächerübergreifend den Problemen von Staat und Verwaltung auf den Grund zu gehen, auf folgende Themen der vergangenen Jahre zurückgeblickt: die Entscheidung von Politikern in eigener Sache, die Ausuferung des Steuerstaates, die Rolle von Landesparlamenten sowie Fragen der direkten Demokratie. Dabei wurde die Entwicklung der Probleme und des Problembewusstseins einschließlich ihrer öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion verfolgt. Die Mängel und Defizite, tatsächliche und eingebildete, dürften wesentliche Ursachen für die unübersehbar zunehmende Politik(er)- oder gar Demokratieverdrossenheit sein. Als Indikatoren werden - neben Meinungs-umfragen - gemeinhin die abnehmende Wahlbeteiligung und der Rückgang der Mitglieder von Parteien und Verbänden angesehen. Damit die erforderlichen Reformen unserer demokratischen Infrastruktur gelingen, muss einerseits die Bürgerbeteiligung erweitert werden, andererseits ist die politische Klasse gefragt, sich sozusagen am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen. Daneben stand ein Thema im Mittelpunkt, das mittlerweile zum festen Bestandteil der Speyerer Demokratietagungen zählt: Korruption und ihre Bekämpfung in Verwaltung und Politik. Das Vertrauen der Bürger in staatliche Institutionen steht und fällt mit der korrekten Amts- und Mandatsausübung von öffentlichen Bediensteten und Volksvertretern. Es gilt, auch nur den

bösen Schein der Bestechlichkeit zu vermeiden. Neue Präventions- und Bekämpfungsstrategien wurden vorgestellt und in regen - ebenfalls im Tagungsband zusammengefassten - Diskussionen von Wissenschaftlern und Praktikern erörtert.

H. H. von Arnim

Defizite in Staat und Verwaltung.
Rückblick auf die letzten 15 Jahre

T. Duve

Bericht über die Diskussion des Beitrags
von H. H. von Arnim

J. Graf Lambsdorff

The Organization of Anticorruption:
Top-Down or Bottom-Up?

R. von Görtz

Bericht über die Diskussion des Beitrags
von J. Graf Lambsdorff

A. Bultmann

Whistleblower: Helden des Alltags?

A. Király

Bericht über die Diskussion des Beitrags
von A. Bultmann

A. Müller

Der Machtwahn: Die wirkliche Korruption
sieht ganz anders aus

P. Kirchhof

Wer enthauptet die Hydra?

A. G. Debus

Bericht über die Diskussion des Beitrags
von P. Kirchhof

J. Linck

Zurück zum ehrenamtlichen Landesparlamentarier?

L. Vettters

Bericht über die Diskussion des Beitrags
von J. Linck

O. Jung

Direkte Demokratie. Die Angst der politischen Klasse vor dem Volk: Fortschritte und Rückschritte in den letzten 15 Jahren in Deutschland

C. Bauer

Bericht über die Diskussion des Beitrags
von O. Jung

www.duncker-humboldt.de

BVerfG

Staatsorganisationsrecht: Nachrichten-
dienstliche Beobachtung von Abgeord-
neten: Kleine Anfragen, Auskunftspflich-
ten der Bundesregierung
B. v. 01.07.2009 - 2 BvE 5/06 - ()
mit Anmerkung: Michael Sachs
JuS 9/2010, 840-843

Peter Badura

Staatsrecht - Systematische Erläuterung
des Grundgesetzes, 4. Aufl. 2010,
Rezension: Rudolf Summer
ZBR 9/2010, 324



Job. Wissen. Leben.

Wolfgang Clement:

**“Der Umgang der SPD
mit Sarrazin ist unwürdig.”**

Wolfgang Clement war der Superminister der rot-grünen Koalition. Seine spätere Kritik am politischen Kurs der SPD gipfelte in einem Parteiordnungsverfahren und endete mit seinem freiwilligen Austritt. Im Gespräch mit LTO kritisiert Clement den Umgang der SPD mit Thilo Sarrazin scharf und rät seiner alten Partei, sich dessen Vorschläge zur Integrationspolitik zueigen zu machen.

<http://www.lto.de/de/html/nachrichten/1373/Clement-Interview/>

Sarrazin-Entlassung:

Ein Akt der freien Rechtsschöpfung?

Der Antrag des Vorstands der Bundesbank auf Entlassung von Thilo Sarrazin liegt dem Bundespräsidenten vor und wird überprüft. Aber kann der Bundespräsident den Bundesbanker überhaupt abberufen? Ein Kommentar von Prof. Dr. Karl-Heinz Ladeur zu einem Präzedenzfall, der auch in Juristenkreisen für Verwirrung sorgt.

<http://www.lto.de/de/html/nachrichten/1381/ein-akt-der-freien-rechtsschoepfung/>

4. Gesetze und Verordnungen

Martin P. Schennach

Gesetz und Herrschaft

Die Entstehung
des Gesetzgebungsstaates
am Beispiel Tirols

Forschungen zur deutschen Rechtsgeschichte, Bd. 28

Köln 2010
985 S., 98.00 €
ISBN 978-3-412-20635-2

Die Studie unternimmt am Beispiel Tirols für ein bestimmtes Territorium die umfassende Analyse der legislativen Tätigkeit am Übergang vom Mittelalter zur Frühen Neuzeit. Dazu wertet sie nicht nur mehr als 900 Gesetzestexte vom 13. bis zum 17. Jahrhundert aus, sondern trifft anhand des reichhaltigen Archivmaterials zudem detaillierte Aussagen über den Gesetzgebungsprozess von den Mechanismen zur Feststellung eines normativen Regelungsbedarfs bis hin zur Kundmachung. Die der legislativen Tätigkeit zugrunde liegenden Ordnungsprinzipien und Leitkategorien (z.B. Grenzen des landesfürstlichen Gesetzgebungsrechts, Bedeutung von Rechtstransfer und Subsidiaritätsprinzip etc.) werden ebenfalls herausgearbeitet.

www.uibk.ac.at

Hans Lilie | Christoph Fuchs, (Hrsg.)

Gesetzestexte zum Medizinrecht

Schriftenreihe Medizin - Ethik - Recht,
Bd. 11

2. Aufl., Halle 2010
536 S., 10.00 €
ISBN 978-3-86829-051-6

www.uni-halle.de

RVG

Textausgabe mit Tabellen
28. Aufl., Bonn 2010
96 S., 14.00 €
ISBN 978-3-8240-1133-9

Die aktuellste Textausgabe des RVG!

Grundlegende Reformen:

Zum 01.09.2009 sind durch das FGG-Reformgesetz eine große Vielzahl an Gesetzesänderungen in Kraft getreten – dies bedeutet gravierende Veränderungen auch für das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz.

Außerdem wurde zu diesem Zeitpunkt das RVG an einigen wesentlichen Stellen durch das Gesetz zur Modernisierung von Verfahren im anwaltlichen Berufsrecht geändert. Der neue, für die Anrechnung entscheidende § 15a ist bereits seit dem 05.08.2009 in Kraft.

Die jüngste Änderung des RVG in § 53 ist am 01.10.2009 in Kraft getreten!

Die RVG Textausgabe bietet Ihnen die topaktuelle Fassung des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes und des Vergütungsverzeichnisses sowie einige praxisrelevante Tabellen und ein Register.

Aus dem Inhalt:

- Gesetzestext RVG
- Rechtsanwaltsgebühren nach § 13 RVG
- Gebühren in Strafsachen
- Gebühren in Bußgeldsachen
- Gerichtsgebühren nach § 34 GKG / § 28 FamGKG
- Stichwortverzeichnis.

www.anwaltverlag.de

Christina Eder

Ein Schlüssel zum Erfolg? Gibt es ein Patentrezept für Volksentscheide in den deutschen Bundesländern?

PVS 1/2010, 43-67

ÖSTERREICH

Ulrich Hufeld | Astrid Epiney

Europäisches Verfassungsrecht

Textsammlung
2. Auflage, Wien 2010
575 S., 40.10 €
ISBN 978-3-7089-0590-7

Am 1. Dezember 2009 ist der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten. Im Vorfeld hatte die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im In- und Ausland für Aufregung und dafür gesorgt, dass das Verhältnis zwischen dem nationalen Verfassungsrecht und dem Recht der Europäischen Union wieder in den Fokus der politischen und rechtswissenschaftlichen Diskussion geraten ist. Insbesondere stellt sich nun nicht nur in Deutschland die Frage, ob und in wie weit die nationalen Parlamenten das Verhalten ihrer Regierung auf der Ebene der Europäischen Union maßgeblich beeinflussen können.

Die vorliegende Textsammlung eröffnet einen leichten Zugang zum Europäischen Verfassungsrecht. Sie enthält neben dem Primärrecht der Europäischen Union (EUV, AEUV) die einschlägigen Verfassungsbestimmungen der wichtigsten EU-Mitgliedstaaten. Ergänzt wird die Sammlung durch die deutschen „Lissabon-Begleitgesetze“ (IntVG, EUZBBG, EUZBLG), die infolge der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Sommer 2009 erlassen wurden. Damit ist die Textsammlung sowohl für Rechts- und Politikwissenschaftler, die sich mit Fragen der Europäischen Integration befassen, als auch für Praktiker des Europarechts auf allen Ebenen eine unverzichtbare Arbeitshilfe.

www.facultas.at

5. Landesrecht | Kommunalrecht

Felix Hornfischer | Friedrich Schoch
Eberhard Schmidt-Aßmann

Insolvenzfähigkeit von Kommunen

Schriften zum deutschen
und europäischen Kommunalrecht, Bd. 39

Stuttgart 2010
396 S., 69,00 €
ISBN 978-3-415-04495-1

www.boorberg.de

Wolfgang Daniels

Personalvertretungsgesetz Berlin Basiskommentar mit Wahlordnung

München 2010
400 S., 34,90 €
ISBN 978-3-7663-3992-8

www.beck-shop.de

Christoph Gröpl | Annette Guckelberger
Jürgen Wohlfahrt
Landesrecht Saarland, Baden-Baden 2009
Rezension: Udo **Steiner**
BayVBl. 17/2010, 548

Martin Resch

Mein Recht als Feuerwehrmitglied in Bayern

Rechtsstellung, Aufgaben und Befugnisse
von Feuerwehrmitgliedern in Bayern

Heidelberg 2010
160 S., 29,95 €
ISBN 978-3-609-69832-8

www.ecomed.de

Frank **Meerkamp**

Die Bedeutung von Eintragungsmodalitäten beim Volksbegehren in den deutschen Ländern. Amtseintragung und freie Unterschriftensammlung im Vergleich
RuP 3/2010, 134-146

Moritz Sendlak

Unternehmerische Tätigkeit der Hochschulen

Erörtert am Beispiel
des Hochschulfreiheitsgesetzes NRW

Schriften zum Wirtschaftsverwaltungs-
und Vergaberecht, Band 25

Baden-Baden 2010
207 S., 54,- €
ISBN 978-3-8329-5619-6

In Folge der fortschreitenden Ökonomisierung der Hochschullandschaft sehen sich die Hochschulen zunehmend einem Wettbewerb um Ressourcen und Reputation ausgesetzt. Die Gründung von Unternehmen mit Wissenschaftsbezug bietet den Hochschulen insoweit eine geeignete Möglichkeit, sich national und international zu profilieren und dadurch ihre Attraktivität für Wissenschaftler, Studierende sowie Partner aus der Wirtschaft zu erhöhen. Die Arbeit ermittelt zunächst den durch das öffentliche Recht gezogenen Rahmen, innerhalb dessen Unternehmen der Hochschulen errichtet werden können und widmet sich anschließend der Frage, mittels welcher zivilrechtlichen Organisationsformen die Interessen der Hochschulen, vor allem an der Sicherstellung eines angemessenen Einflusses sowie an der Begrenzung ihrer Haftung, bestmöglich verwirklicht werden können. Unter präziser Herausarbeitung der durch das Kapitalgesellschaftsrecht eröffneten Gestaltungsspielräume werden – differenzierend hinsichtlich verschiedener in Betracht kommender Beteiligungsstrukturen in den Unternehmen – konkrete Gestaltungsvorschläge entwickelt, sodass sich die Arbeit in besonderem Maße als Leitfaden für die Praxis eignet.

www.nomos.de

Dieter Leuze | Volker Epping (Hrsg.)

Gesetz über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz - HG)

Bielefeld 2010
2.050 S., 178,00 €
ISBN: 978-3-7694-0472-2

Mit der 8. Ergänzungslieferung wird die Neukommentierung des HG NRW fortgesetzt.

Im Teil A wurden das HG NRW, die LVV, die StBAG-VO und die HLeistBVO aktualisiert bzw. gänzlich ausgetauscht.

Im Teil B wurden eingefügt / erstmals kommentiert: § 31 (Fachbereich Medizin), Vorbemerkungen vor §§ 33-47 (Hochschulpersonal), § 67 (Promotion) und § 75 (Betrieb nichtstaatlicher Hochschulen).

Die Kommentierung des KunstHG wurde mit den §§ 3-39, mit § 50 und § 59 fortgesetzt.

Der Kommentar ist durchgängig auf dem Stand vom November 2009.

www.giesecking-verlag.de

Arnim Goldbach

Doppisches Rechnungswesen für die Kommunen in Thüringen

Betriebswirtschaftliche Haushaltsreform
Finanzbuchführung mit Jahresabschluss
Kosten- und Leistungsrechnung
Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen

Dresden 2010
400 S., 42,90 €
ISBN 978-3-940904-82-9

www.saxonia-verlag.de

6. Verwaltungsrecht

SCHRIFTENREIHE

F.-R. Jach (Hrsg.)

Abhandlungen zu Bildungsforschung und Bildungsrecht

www.duncker-humblot.de

Bd. 16

Philip **Seel**

Religionsunterricht an bekenntnisfreien
Ersatzschulen.

Berlin 2009, 76,-€

ISBN 978-3-428-12609-5

--

Bd. 15

Karsten **Mause**

Konsumentenschutz im Hochschul-
bereich. Unvollständige Nachfragerinfor-
mation, Marktversagen und markt-basierte
Schutzmechanismen.

Berlin 2007, 88,- €

ISBN 978-3-428-12510-4

--

Bd. 14

Christian **R. Bayer**

Hochschul-Ranking: Vorschlag eines
ganzheitlichen Ranking-Verfahrens.

Berlin 2004, 66,- €

ISBN 978-3-428-10891-6

--

Bd. 13

Thomas **Schröder**

Leistungsorientierte Ressourcensteuerung
und Anreizstrukturen im deutschen Hoch-
schulsystem.

Ein nationaler Vergleich.

Berlin 2003, 74,80 €

ISBN 978-3-428-11121-3

--

Bd. 12

Heiner **Minssen** | Beate **Molsich**

Uwe **Wilkesmann** | Uwe **Andersen**

Kontextsteuerung von Hochschulen?
Folgen der indikatorischen Mittelzuwei-
sung.

Berlin 2003, 26,80 €

ISBN 978-3-428-11155-8

--

Bd. 11

Markus **Heintzen**

Lutz **Kruschwitz** (Hrsg.)

Die Freie Universität Berlin als Stiftungs-
universität.

Berlin 2002, 46,- €

ISBN 978-3-428-10874-9

--

Bd. 10

Artur **Woll**

Reform der Hochschulausbildung
durch Wettbewerb.

Berlin 2001, 38,- €

ISBN 978-3-428-10280-8

--

Bd. 9

Ingo **Liefner**

Leistungsorientierte Ressourcensteuerung
in Hochschulsystemen.

Ein internationaler Vergleich.

Berlin 2001, 68,- €

ISBN 978-3-428-10350-8

--

Bd. 8

Peter **Reichenbach**

Der Anspruch behinderter Schülerinnen
und Schüler auf Unterricht in der Regel-
schule. Zugleich ein Beitrag zur Interpre-
tation des Art. 3 Abs. 3 S. 2 GG.

Berlin 2001, 66,- €

ISBN 978-3-428-10224-2

--

Bd. 7

George **Turner**

Hochschule zwischen Vorstellung
und Wirklichkeit.

Zur Geschichte der Hochschulreform
im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts.

Berlin 2001, 24,- €

ISBN 978-3-428-10332-4

--

Bd. 6

Friedrich **Thieß**en (Hrsg.)

Aufbruch an deutschen Hochschulen.

Beiträge zur Reform des deutschen Hoch-
schulwesens.

Berlin 2000, 44,- €

ISBN 978-3-428-10370-6

--

Bd. 5

Markus **Thiel**

Der Erziehungsauftrag des Staates in der
Schule.

Grundlagen und Grenzen staatlicher

Erziehungstätigkeit im öffentlichen Schul-
wesen.

Berlin 2000, 62,- €

ISBN 978-3-428-10185-6

--

Bd. 4

Frank-Rüdiger **Jach**

Siegfried **Jenkner** (Hrsg.)

50 Jahre Grundgesetz und Schulverfas-
sung.

Berlin 2000, 36,-€

ISBN 978-3-428-09994-8

--

Bd. 3

Dieter **Dohmen**

Ausbildungskosten, Ausbildungsförderung
und Familienlastenausgleich.

Eine ökonomische Analyse unter Berück-
sichtigung rechtlicher Rahmenbedingun-
gen.

Berlin 1999, 62,- €

ISBN 978-3-428-09872-9

--

Bd. 2

Frank-Rüdiger **Jach**

Schulverfassung und Bürgergesellschaft
in Europa.

Berlin 1999, 68,-€

ISBN 978-3-428-09549-0

--

Bd. 1

Frank-Rüdiger **Jach**

Siegfried **Jenkner** (Hrsg.)

Autonomie der staatlichen Schule

und freies Schulwesen. Festschrift zum 65.

Geburtstag von J. P. Vogel.

Berlin 1998, 46,-€

ISBN 978-3-428-09293-2

7. Glaube | Religion | Kirche

René P. de Mortanges (Hrsg.)

Religionsrecht

Eine Einführung in das jüdische,
christliche und islamische Recht

Freiburger Veröffentlichungen
zum Religionsrecht, Bd. 23
Zürich 2010

349 S., 62.00 € ISBN 978-3-7255-6066-0

Als Novum für den deutschen Sprachraum enthält dieses Buch eine vergleichende Einführung in das jüdische, das römisch-katholische, das reformierte und das islamische Recht. Dargestellt werden bei jedem religiösen Rechtssystem die Quellen und die historische Entwicklung, die Institutionen der Rechtspflege sowie die wichtigen Sachgebiete. Das mit akademischer Offenheit verfasste Werk richtet sich an Studierende wie Forscher der Rechts- und Religionswissenschaften und der Theologie, ebenso an alle, die an ökumenischen und interreligiösen Fragen interessiert sind.

www.schulthess.com

Legal Tribune ONLINE

Job. Wissen. Leben.

Koranverbrennung: Auch in Deutschland möglich?

Wird er wirklich brennen? Die angekündigte, zwischenzeitlich unsichere Verbrennung von Koranbüchern durch Fundamentalisten in Florida löst weltweite Empörung aus. Neben aller Entrüstung aber drängt sich die Frage auf, ob ein solches Verhalten nicht auch strafrechtliche Konsequenzen hätte. Harald Lemke-Küch hat sich die Rechtslage in Deutschland angesehen – mit erstaunlichen Ergebnissen.

<http://www.ito.de/de/html/nachrichten/1427/Auch-in-Deutschland-mC3B6glich%3F/>

Klaus **Lüdicke**

Das katholische Kirchenrecht
und der sexuelle Missbrauch

DRiZ 7-8/2010, 238-240

Jan Schmidt

Religion, Gott, Verfassung

Der Religions- und Gottesbezug
in der Verfassung
pluralistischer Gesellschaften

Europäische Hochschulschriften - Reihe
XXIII, Bd. 905

Frankfurt am Main 2010

463 S., 74.50 €

ISBN 978-3-631-58612-9

Die Untersuchung beschäftigt sich mit dem Religions- und Gottesbezug in der Verfassung pluralistischer Gesellschaften. Ausgangspunkt ist die Debatte um den «Europäischen Verfassungsvertrag» aus den Jahren 2003-2004, in der immer wieder gefordert wurde, in einer europäischen Verfassung einen Bezug zu Gott oder zur christlichen Religion herzustellen. Die Aufbereitung der Diskussion hat dabei gezeigt, dass sich Angehörige anderer Religionen an dieser Diskussion nicht beteiligt haben, weshalb eine Umfrage zum Thema unter Juden und Muslimen durchgeführt wurde. Die Untersuchung belegt, dass es auch in pluralistischen Gesellschaften möglich ist, in Grundlegenden Dokumenten auf bestimmte religiöse Traditionen oder auf «Gott» zu verweisen, ohne Angehörige anderer Religionen zu diskriminieren.

Inhalt

- Gottes- und Religionsbezug in der Verfassung
- Religiöse Traditionen in Europa
- Religiöser Pluralismus
- Europäischer Konvent
- Verfassung für Europa
- Umfrage unter Juden und Muslimen

www.peterlang.de

Naseef **Naeem**

Die Rolle der Religion im islamisch geprägten Staatsgefüge und der Freiheitsstaat des Grundgesetzes

DRiZ 7-8/2010, 234-238

Dominik Recknagel

Einheit des Denkens trotz konfessioneller Spaltung

Parallelen zwischen den Rechtslehren
von Francisco Suárez und Hugo Grotius

Frankfurt am Main 2010

324 S., 59.80 €

Treffpunkt Philosophie, Bd. 10

ISBN 978-3-631-60879-1

Noch immer gilt der niederländische Jurist und Theologe Hugo Grotius (1583-1645) weithin als der Begründer des modernen Natur- und Völkerrechts. In seinem bahnbrechenden Werk *De iure belli ac pacis* (1625) entwirft er ein vom theologischen Ballast befreites und an naturrechtlichen Vorstellungen orientiertes Rechtsgebäude, das für die weitere Entwicklung europäischen Staats- und Völkerrechtsdenkens maßgeblich war und ist. Die Untersuchung weist nach, dass Grotius in den wesentlichen rechtstheoretischen, staats- und völkerrechtlichen Konzeptionen auf die in den Werken *De legibus ac Deo legislatore* (1612) und *Defensio fidei* (1613) des spanischen Jesuiten Francisco Suárez (1548-1617) entwickelte Rechtslehre zurückgreift, und dass damit eine Kontinuität des (spät)scholastischen Rechtsdenkens über Grotius bis in die Moderne belegt werden kann.

Inhalt

- Recht und Naturrecht
- Formale Einteilung des Rechts
- Verbindlichkeit des Gesetzes
- *lex aeterna* und *lex naturalis*
- Begriff und Entstehung des Staates
- Eigentum
- Strafrecht
- Widerstandsrecht
- Begriff und Inhalt des Völkerrechts
- *ius ad bellum* und *ius in bello*

www.peterlang.de

8. Gerichtsverfassung | Prozessrecht

OLG Rostock

Unmittelbar aus dem Grundgesetz, hier dem Recht auf informelle Selbstbestimmung gem. Art. 1 Abs. 1, Art. 2 Abs. 1 GG, lassen sich Prozesshindernisse grundsätzlich nicht ableiten
 B. v. 16.11.2009 - 2 Ss-OWi 257/09 I 1898/09 -

VRS Bd. 119 1/2010, 28-30

OLG Stuttgart

Ein Empfangsbekanntnis muss die persönliche Entgegennahme durch einen Adressaten, der durch seine berufliche Stellung i.S.v. § 174 Abs. 1 ZPO qualifiziert ist, erkennen lassen

B. v. 17.05.2010 - 2 Ws 48/10 -

VRS Bd. 119 1/2010, 31-34

Egon **Schneider**

ZAP Kolumne: Der gefürchtete Justizspiegel

ZAP 17/2010, 827-828

Ralf **Eschelbach** | Andreas **Geipel**

Die Wahrung der Grundrechte im Strafprozess,

ZAP 17/2010, 847-860

Norbert **Schneider**

Terminsgebühr im schriftlichen Verfahren. Teil 2: Verwaltungs-, finanz- und sozialgerichtliche Verfahren,

ZAP 17/2010, 861-868

Verena **Klappstein** | Jan **Kossmann**

Referendariat: Die Gesamtstrafenbildung
 JuS 9/2010, 785-790

Stefanie **Irrgang**

Die Rolle der Präklusion im Arzthaftungsprozess

MedR 8/2010, 533-537

Gisela **Kothe-Pawel**

Die Erfolgsaussichten von Klagen in Arzthaftungsprozessen anhand der Ergebnisse vor dem Landgericht Dortmund im Jahr 2009

MedR 8/2010, 537-539

VerfGH Sachsen

Erfolgreiche Verfassungsbeschwerde gegen Kostenbescheid nach § 25a StVG
 B. v. 20.04.2010 - Vf. 9-IV-10 - mit Anmerkung Urban **Sandherr**
 SVR 8/2010, 308-309

BGH

Nachträgliche Anordnung der Unterbringung in der Sicherungsverwahrung nach Verurteilung zu Jugendstrafe

B. v. 09.03.2010 - 1 StR 554/09 -

mit Anmerkung Tillmann **Bartsch**

StV 9/2010, 515-524

Gerson **Trüg**

Quo curris, Strafverfahren? Zum Verhältnis der objektiven Dimension der Beschleunigungsmaxime zur Wahrheitsfindung

StV 9/2010, 528-538

Harald **Geiger**

Die Konkurrentenklage im Verwaltungsprozessrecht

BayVBl. 17/2010, 517-525

Benedikt **Grünewald**

Folgen einer Petition für das laufende Verwaltungsverfahren. Zugleich Anmerkung zu BayVGh v. 24.10.2008 - 9 ZB 05.3209

BayVBl. 17/2010, 525-528

OLG München

Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen; Beschlagnahme eines Laptops und eines PCs; staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren; Nutzungsausfall

B. v. 23.03.2010 - 1 W 2689/09 -

BayVBl. 17/2010, 546-547

Steffen Augsburg

Verwaltungsprozessrecht. Grundstrukturen und Klausurfälle, München 2009

Rezension Michael **Deubert**

BayVBl. 17/2010, 548

Elisabeth **Kreth**

Für eine starke und effektive Finanzgerichtsbarkeit - Änderungsbedarf im Kosten- und Verfahrensrecht

DRiZ 7-8/2010, 225-227

Wolfgang **Arenhövel** | Stefanie **Otte**

Situation der Strafkammern der Landgerichte (Teil 1): Vergleichende Untersuchung an sechzehn Landgerichten in sechs OLG-Bezirken

DRiZ 7-8/2010, 227-230

SCHWEIZ

Andreas **Donatsch** | Angela **Cavallo**

Entwicklungen im Strafprozessrecht

SJZ 16-17/2010, 402-405

Deutscher Anwaltverein

Moderne Strafverteidigungsstrategien 18.09.2010, Stuttgart

Themen unter anderem:

- Formulierung der neuen Verteidigungsziele bei komplexen
- außerprozessualen Folgen des Verfahrens
- Aktiver Verteidiger, Umgang mit Zeugen
- Neue Ermittlungsstrategien
- Die Lähmung der Verteidigung
- Beschleunigung überlanger Verfahrensdauer und Folgen der
- Terminierungs- und Beiordnungspraxis
- Die Zukunft der Strafverteidigung in Europa

www.ag-strafrecht.de

DeutscherAnwaltverein

Vernehmungsrecht, -lehre und aussagepsychologische Erkenntnisse

13. November 2010, Düsseldorf

www.ag-strafrecht.de

9. Privatrecht

Horst Kaiser | Jan Kaiser | Torsten Kaiser

Die Zivilgerichtsklausur im Assessorexamen

Band II: Wiederholung und Vertiefung

2. Aufl., München 2010

180 S., 16,00 €

Erscheinungstermin: November 2010

ISBN 978-3-8006-4156-7

Während Band I des Buches Referendaren die grundsätzliche Herangehensweise an eine Zivilgerichtsklausur vermittelt und sich dabei an der Reihenfolge der einzelnen Bearbeitungsschritte orientiert, hilft Band II - auf den in Band I dargestellten Grundkenntnissen aufbauend - dabei, das Zeitproblem in den Griff zu bekommen. Band II bietet eine systematische und komprimierte Übersicht der examensrelevantesten Aufbaufragen, Tenorierungen und prozessualen Standardprobleme, die erfahrungsgemäß immer wieder in Klausuren eingebaut werden.

Vorteile auf einen Blick

- Aufbauschemata
- Formulierungsbeispiele
- Zur Neuauflage
- Für die Neuauflage wurde das Werk überarbeitet und auf den aktuellen Stand gebracht.

Zu den Autoren

Horst Kaiser ist Vorsitzender Richter am Landgericht a.D., ehem. Mitglied des Gemeinsamen Prüfungsamtes Nord für das Assessorexamen, ehem. AG-Leiter und Seminarleiter der Kaiser-Seminare; Jan Kaiser ist Richter am Landgericht in Lüneburg und Seminarleiter der Kaiser-Seminare und Torsten Kaiser ist Rechtsanwalt in Lübeck und Seminarleiter der Kaiser-Seminare.

Zielgruppe

Für Rechtsreferendare, Arbeitsgemeinschaftsleiter, Richter, Praktiker

www.vahlen.de

Johannes M. Rainer (Hrsg.)

Vis ac potestas legum Liber amicorum Zoltán Végh

Salzburger Studien zum Europäischen
Privatrecht, Bd. 27

Frankfurt am Main 2010

172 S., 38,80

ISBN 978-3-631-60880-7

Die Beiträge beschäftigen sich mit dem klassischen römischen Privatrecht, sowie der römischen Rechtsgeschichte und zeigen stets das Römische Recht als Grundlage der verschiedenen Bausteine der modernen Rechtsordnungen. Dabei werden wichtige Probleme im Bereich des Kaufrechtes, wie die anfängliche Unmöglichkeit oder die Unklarheiten bei der Formulierung des Vertrages näher untersucht. Im Bereich des Allgemeinen Vertragsrechtes werden Probleme der Abstraktion und Kausalität analysiert. Die Dienstleistungen freigelassener Sklavinnen sind ebenso wie die Problematik der entlaufenen Sklaven sowie der Rechtsverlust der Kuppler Gegenstand der Beiträge. Aus dem Bereich der Rechtsphilosophie und der Rechtstheorie werden die Verteilungsgerechtigkeit und die komplexe Beziehung zwischen Gefühl und Recht dargestellt und aus dem Bereich des Öffentlichen Rechtes wird die Frage nach dem Weiterleben der römischen Verfassungen in den modernen gestellt sowie erneut und vertiefend der Prozess Jesu untersucht.

Inhaltsverzeichnis

Johanna **Filip-Fröschl**
Gefühle und Recht

Georg **Klingenberg**
Die agnitio eines servus fugitivus durch einen Unberechtigten

Rolf **Knütel**
Verteilungsgerechtigkeit

Christoph **Krampe**
Ambigua lex venditionis - Paulus/Alfenus
D. 18,1,40 pr

Carla **Masi Doria**

Operae et dies freigelassener Sklavinnen
in Erwartung des 50. Lebensjahres

Daniele **Mattiangeli**

L'Identità del lenone come paradigma
di infamia

José Javier **de los Mozos Touya**

Die Beweislast der causa stipulationis
und der causa-Begriff

J. Michael **Rainer**

Les Constitutions Romaines
et la modernité

Martin J. **Schermaier**

Anfängliche Unmöglichkeit und Kauf

Eltjo J. H. **Schrage**

Der Prozess Jesu

www.peterlang.de

Schadensminderungspflicht

BGH

Schadensminderungspflicht; Vorliegen eines über dem Gutachtenbetrag liegenden Restwertangebots
U. v. 01.06.2010 - VI ZR 316/09 -

BGH

Schadensminderungspflicht; Anrechnung des über dem Gutachtenbetrag liegenden Erlöses auf den Schaden
U. v. 15.06.2010 - VI ZR 232/09 -

BGH

Schadensminderungspflicht; Verweis auf "freie Fachwerkstatt" mit Sonderkonditionen
U. v. 22.06.2010 - VI ZR 337/09 -

BGH

Schadensminderungspflicht; zulässiger Verweis auf "freie Fachwerkstatt"
U. v. 22.06.2010 - VI ZR 302/08 -

www.njw.de NJW 37/2010, 2722-2728

10. Familie | Partnerschaft | Trennung | Erbe

Mirja Schmidt

Abschluss- und Inhaltskontrolle von

Scheidungsfolgenvereinbarungen
Eine rechtsgeschichtliche
und rechtsvergleichende Untersuchung
des deutschen und britischen Rechts

Münster 2010
Westfälische Wilhelms-Universität
248 S., 17.50 €
ISBN 978-3-8405-0013-8

www.uni-muenster.de

AG Köln
Keine Anerkennung im Ausland geschlos-
sener gleichgeschlechtlicher Ehen
B. v. 17.12.2009 - 378 III 135/09 -
FuBW 17/2010, 727-728

Krug Walter | Hans-Peter Daragan
Die Immobilie im Erbrecht
München 2010
ISBN: 978-3-406-59117-4
Rezension Jürgen **Fritz**
NZM 16/2010, 575

Gisela Gebauer-Jipp

Scheidungsratgeber von Frauen für Frauen

Berlin 2010
200 S., 14.90 €
Erscheinungstermin: 30.09.2010
ISBN 978-3-936937-79-4

www.orlanda.de

Gregor **Feiter**
Fachberater- und Zertifizierungsbezeich-
nungen: Werbung von Steuerberatern
im Bereich der Testamentsvollstreckung
NWB 36/2010, 2885-2891

Haufe Familienrecht

Arbeitshilfen, Entscheidungen
und Gesetze

Eva Becker | Peter Junggeburch
Ralph Landsittel | Florian Enzensberger
Thomas Maulbetsch

Freiburg im Breisgau 2010
ISBN 978-3-648-00551-4
297.60 €

Online-Version, keinerlei Installations-
aufwand, direkter Zugriff über das
Internet

Hardware-Voraussetzungen:

- Internetfähiger Computer
- Internet Geschwindigkeit -
Bandbreite von mindestens 1Mbit/s
- Grafikkarte mit mindestens 1024 x
768 Auflösung

Internet Browser:

- Internet Explorer 6.x, 7.x, 8.x
- Firefox 2.x, 3.x

Notwendige Softwarepakete
(wird bei Bedarf automatisch installiert):

- SUN JRE 1.5 oder höher
- Adobe Reader 6.1 oder höher

DVD-VERSION

- Mindestens 256 MB Hauptspeicher,
- Pentium III oder Kompatible ab 500
MHz
- Empfohlen Pentium IV oder Kompa-
tible ab 2 GHz mit 512 MB RAM
- Mindestens 1,3 GB freie Festplatten-
kapazität
- Grafikkarte mit mindestens 1024 x
768 Auflösung
- DVD-Laufwerk

Notwendige Softwarepakete:

- SUN JRE 1.5 oder höher, unter Vista
min. SUN JRE 1.6 (bei Bedarf wird
SUN JRE 1.6 installiert)
- Adobe Reader 6.1 oder höher (bei
Bedarf wird Adobe Reader 8.x instal-
liert)

Betriebssysteme:

- Windows XP

- Windows 2000 SP4
- Windows Server 2003
- Windows Vista
- Windows Server 2008
- Windows 7

www.haufe.de

Dominik Balzer

Zugewinnausgleich und Unterhalt

Interdependenzen der Rechtsfolgen
bei Trennung und Scheidung

Schriften zum Bürgerlichen Recht,
Bd. 402

Berlin 2010
184 S., 68.00 €
ISBN 978-3-428-13311-6

Zugewinnausgleich und Unterhalt sind
zentrale Rechtsinstitute des deutschen
Scheidungsfolgenrechts. Obgleich
getrennt geregelt, ist es vielfach not-
wendig, bei ihrer Anwendung das jeweils
andere Rechtsinstitut zu berücksichtigen.
Dominik Balzer widmet sich der Frage, in
welchen Konstellationen deren Zusam-
menwirken zu Problemen führt und wie
diese zu lösen sind.

Ausgangspunkt ist das vom BGH postuli-
erte sog. Doppelverwertungsverbot: Ein
Ehegatte darf nicht zweifach, d. h. güter-
und unterhaltsrechtlich, an einer Vermö-
gensposition des anderen
Gatten teilhaben. Dies ergibt sich aus
dem Halbteilungsgrundsatz.

Betroffen sind etwa Abfindungen,
Schulden und Unternehmensanteile. Das
Problem ist nach den Regeln der elektiven
Konkurrenz zu lösen: Soweit ein Ver-
mögensposten tatsächlich ausgeglichen
wurde, bleibt der Vermögensposten beim
jeweils anderen Institut unberücksichtigt.

www.duncker-humblot.de

11. Verkehr | Transport | Reise

Michael Sauthoff

REZENSION

Öffentliche Straßen

Straßenrecht – Straßenverkehrsrecht
Verkehrssicherungspflichten

2. Aufl., München 2010

ISBN 978-3-406-58743-6

500 S., 68,00 €

Zielgruppe:

Rechtsanwälte, Richter und Juristen
in Behörden

Das in der 1. Auflage unter dem Titel „Straße und Anlieger“ auch nunmehr in der Reihe NJW Praxis als Band 32 erschienene Werk ist völlig überarbeitet und noch praxisnäher ausgestaltet worden.

Der Verfasser Michael Sauthoff ist Richter am Oberverwaltungsgericht und in seinem Senat vorwiegend mit Fragen des Straßenrechts befasst sowie als Autor und Referent vielfach hervorgetreten.

Das den Praxisanforderungen in jeder Hinsicht gerecht werdende Werk klärt die Rechtsverhältnisse der öffentlichen Straßen. Es legt dar, wie öffentliche Straßen entstehen und geändert werden und klärt so interessante Rechtskonstrukte wie die „unvordenkliche Verjährung“, die zumal in der Rechtsprechung der Oberverwaltungsgerichte der fünf neuen Bundesländern fröhliche Urständ gefeiert hat. Des Weiteren behandelt er die Fragen, wie öffentliche Straßen durch Gemeingebrauch und Sondernutzung als straßenrechtliche Vorschriften sowie andererseits straßenverkehrsrechtliche Regelungen und schließlich mittelbar durch den Zustand der Straßen selbst, der sich aus dem Gesichtspunkt der Verkehrssicherung darstellt. Somit werden auf sinnfällige Weise die drei Rechtsgebiete des Straßenrechts, des Straßenverkehrsrechts und des Verkehrssicherungsrechts miteinander verknüpft.

Des Weiteren stellt der Verfasser das Verhältnis von Anliegern und Nachbarn und somit das Straßennachbarrecht dar.

Hingegen bleiben ausgeklammert das Straßenplanungsrecht, das Erschließungs- und Ausbaubeitragsrecht sowie die prozessuale Umsetzung straßenrechtlicher Fragen. Die Fragen der straßenrechtlichen Planfeststellung beantwortet der Verfasser etwa in dem Münchner Prozessformularbuch Verwaltungsrecht, 3. Auflage 2009 sowie Hoppe/Schlarmann/Buchner, Rechtsschutz bei der Planung von Straßen und anderen Verkehrsanlagen, München, 3. Auflage 2001: C.H. Beck 2001 in der NJW Schriftenreihe Band 8. Die Fragen des Erschließungs- und Ausbaubeitragsrechts behandelt Driehaus, München: C.H. Beck, 8. Auflage, 2007 in der NJW Praxis Band 42. Das Manuskript wurde im Oktober 2009 abgeschlossen.

Das Werk liefert dem Praktiker einen umfassenden, nachgerade stupenden Überblick über die Rechtsprechung verbunden mit einer vertieften Darstellung der streitträchtigen Materie. Es ist dem Verfasser vortrefflich gelungen, diese anspruchsvolle Rechtsthematik mit ihren Verzweigungen und Verwurzelungen in den verschiedenen Rechtsgebieten mit ihren auch verfassungsrechtlichen Einschlüssen übersichtlich, verständlich, praxisnah und praxisverwertbar und gleichwohl wissenschaftlich vertieft in erschöpfender Auswertung von Rechtsprechung und Literatur vorzustellen. Gerade in Zweifelsfragen wird man immer wieder gerne auf das Buch zurückgreifen, erweist es sich doch als vortrefflicher Wegweiser in Recht der öffentlichen Straßen.

Der Materialreichtum sei an zwei Beispielen dargelegt: dem Anlieger steht nur grundsätzlich ein Recht auf eine freie Zufahrt aus den einschlägigen landesstraßenrechtlichen Regelungen, die Inhalte und Schranken des Eigentumsgrundrechts aus Art. 14 Absatz 1 Satz 2 GG regeln, zu (Rn. 466). Allerdings gehört bei Wohngrundstücken in innerstädtischen Fußgängerzonen die uneingeschränkte Anfahrmöglichkeit mit Kraftfahrzeugen nicht zum unabdingbaren Anliegerbrauch (Rn. 469 Fn. 40). In einem Bebauungsplan können etwa die Zufahrten durch Festsetzungen nach § 9

Absatz 1 Nummer 11 BauGB aus städtebaulichen Gründen geregelt werden und gemäß den entsprechenden landesrechtlichen Vorschriften (Rn. 496 Fn. 143 mit Art. 17 Absatz 5 Satz 1 BayStrWG, nicht hingegen – soweit ersichtlich – im Straßengesetz für Baden-Württemberg) können aus Gründen der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs die Zufahrten geändert, verlegt oder geschlossen werden. Die Zufahrten oder Zugänge können nur geschlossen oder versagt werden, wenn das Grundstück eine anderweitige ausreichende Verbindung zu dem öffentlichen Wegenetz hat (Rn. 498). Allerdings kann auch eine wesentlich längere Zufahrt für einen landwirtschaftlichen Betrieb zugemutet werden (BVerwG, Ur. v. 09.07.2003 – 9 A 54.02 –, NVwZ 2004, 231, 233). Die selbständige Regelung betrifft nicht nur die Schließung einer bestehenden Zufahrt, sondern ebenso die Untersagung einer geplanten Zufahrt (Rn. 496 und gleichermaßen BayVGH, Ur. v. 01.12.2009 – 8 B 09.1980 –, BayVBl. 2010, 539, 540). Die selbständige straßenrechtliche Anordnung ergeht unbeschadet baurechtlicher Genehmigungen (BayVGH, Ur. v. 15.12.1983 – 8 B 80.340 –, NVwZ 1985, 207, 208 = BayVBl. 1984, 244, 245), es sei denn, eine im Baugenehmigungsverfahren mitwirkende Gemeinde hat durch zustimmendes Verhalten die schützenswerte Erwartung begründet, die geplante Zufahrt straßenrechtlich nicht zu untersagen (BayVGH, Ur. v. 01.12.2009, aaO, S. 541).

Auch das Recht der Benennung und Umbenennung von Straßennamen wird umfassend nachgewiesen (Rn. 549-550). Dabei handelt es sich um eine ordnungsrechtliche Aufgabe, die dem Interesse der Allgemeinheit an einer klar erkennbaren Gliederung des Gemeindegebiets dient (Rn. 547). Freilich ist dieses Recht gelegentlich Wandlungen unterworfen. Ennuschat etwa sprach von einem Schildersturm im Osten von Thälmann zu Adenauer (LKV 1993, 43-47). Im Westen neigt man eher dazu, die Namen von Straßen zu ändern, deren Träger während des Dritten Reiches eine besondere Bedeutung hatten. Nachdem

11. Verkehr | Transport | Reise

die Straßenbenennung dem Interesse der Allgemeinheit dient, besteht ein subjektiv-öffentliches Recht der Anwohner allenfalls im Hinblick auf die Ermessensausübung (Rn. 550 Fn. 293), sodass auch Belange der Anwohner in die Ermessensausübung einzustellen sind. Soweit eine Gemeinde mit der ordnungsrechtlichen Aufgabe einer Straßenbenennung die Ehrung verdienter Bürger verbindet, handelt es sich lediglich um einen Rechtsreflex, der keine Rechtsposition für den Namensgeber und dessen Erben begründet (BayVGh, Urt. v. 02.03.2010 – 8 BV 08.3320 –, NVwZ-RR 2010, 630 L mit Besprechung Martin Otto, FAZ Nummer 195 v. 24.08.2010, S. 29). Deswegen konnten sich auch die Erben des Bischofs Meiser nicht erfolgreich gegen die Umbenennung der (Bischof) „Meiserstraße“ in „Katharina-von-Bora-Str.“ in München wenden, zumal allgemeinpolitische Erwägungen, die Landeshauptstadt München als vormalige „Hauptstadt der Bewegung“ überhaupt aus dem Verdacht einer Nähe zu Nationalsozialisten herauszuhalten, als verlässliche Verlautbarungen des Oberbürgermeisters in die Ermessenserwägungen einfließen dürfen (BayVGh, aaO, TZ 43).

Alle diese Fragen werden in diesem praxisnahen Werk umfassend nachgewiesen und sind folglich auch jedem mit dieser Rechtsmaterie befassten Juristen uneingeschränkt zu empfehlen.

Dr. Christoph Landel, Augsburg

Christoph Haidlen

Seilbahnrecht

Wien 2010
624 S., 105.10 €
ISBN 978-3-7073-1561-5

Das Standardwerk zu diesem Thema in Österreich

- Seilbahnrecht
- Seilbahngesetz
- Haftung und Schadenersatz
- Umweltrecht
- Strafrecht

Mit dieser zweiten Auflage wurde das bewährte Handbuch komplett überarbeitet und an den aktuellen Stand der Gesetzeslage angepasst. Das Handbuch enthält nun auch eine Zusammenstellung aller Erlässe, Richtlinien und Merkblätter. Weiters wurden die wesentlichen und aktuellen Urteile und Entscheidungen in den Bereichen Zivilrecht, Umweltrecht und Unfalluntersuchungsgesetz eingearbeitet.

www.lindeverlag.at

Werner Doralt (Hrsg.)

KODEX Verkehrsrecht

14. Aufl., Wien 2010
1040 S., 72.00 €
Erscheinungstermin: Oktober 2010
ISBN 978-3-7007-4731-4

www.lexisnexis.at

ÖSTERREICH

AG Lüdinghausen
Absehen von Fahrerlaubnisentziehung bei Durchführung einer erfolgreichen Verkehrstherapie
U. v. 02.03.2010 - 9 Ds 82 Js 3375/09-111/09 - (340)
FuBW 17/2010, 724-725

Lothar Kuhlen (Hrsg.)

Rechtliche Fragen der Passagierschifffahrt auf Binnenwasserstraßen

Schriftenreihe des Instituts
für Binnenschifffahrtsrecht, Bd. 10

Baden-Baden 2010
68 S., 18.00 €
Erscheinungstermin: September 2010
ISBN 978-3-8329-5913-5

Die rechtlichen Fragestellungen, die durch die Passagierschifffahrt auf Binnenwasserstraßen aufgeworfen werden, sind seit jeher ein wichtiger und vielfältiger Teilbereich des Binnenschifffahrtsrechts. Der vorliegende Band widmet sich diversen Rechtsfragen aus diesem Bereich.

Zu Beginn stellt Dr. Sandra Reinheimer, M.C.L. (Mannheim/Adelaide), das Verbindungskonzept der Bundeswasserstraßenverwaltung vor. Anschließend geben die zweite Vorsitzende der Vereinigung Mittelständische Personenschifffahrt e.V., Frau Doris Bommas-Collée, und der Leiter der Abteilung Schifffahrt der WSD Mainz, Herr Michael Putzschke, in zwei Beiträgen einen Einblick in die Probleme des Vorschleusungsrechts der Fahrgastschifffahrt. Mit den Auswirkungen der IGV 2005 und der sie umsetzenden Rechtsverordnung auf die Binnenschifffahrt beschäftigt sich Herr Norbert Höhl vom Bundesministerium für Gesundheit. Abschließend widmet sich Prof. Dr. Ansgar Staudinger, Universität Bielefeld, der Haftung in der Fahrgastschifffahrt im Lichte des Athener Übereinkommens.

www.nomos.de

12. Strafrecht und Nebengebiete

Stefan Chilecki

Zur Dogmatik der Aussetzung (§ 221 StGB) nach dem sechsten Strafrechtsreformgesetz

Strafrecht in Forschung und Praxis,
Bd. 193
Hamburg 2010
304 S., 88.00 €
Erscheinungstermin: September 2010
ISBN 978-3-8300-5275-3

Das 1998 im Rahmen des 6. Strafrechtsreformgesetzes neugefasste Delikt der Aussetzung (§ 221 StGB) war von Beginn an Gegenstand heftiger Diskussion. Auch nach Jahren der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Delikt, klaffen vielerorts die Ansichten noch weit auseinander. Die Studie befasst sich mit den aktuell im Schrifttum und in der Rechtsprechung vertretenen Ansichten, untersucht diese und entwickelt Lösungsmöglichkeiten. Zudem werden an verschiedenen Stellen Verknüpfungen zum allgemeinen Teil hergestellt. Schwerpunkte liegen bei der Definition des Begriffs der hilflosen Lage sowie bei der Untersuchung der Frage, wie das Versetzen in eine hilflose Lage und das im Stich lassen zu definieren sind. Dabei wird im Rahmen des sog. "Bergsteigerbeispiels" untersucht, inwieweit eine Beistandsleistung des Täters bei der Bewertung der hilflosen Lage zu berücksichtigen ist und wie mit dem gefundenen Ergebnis eine eindeutige Zuordnung zu den beiden Tatbestandsalternativen erfolgen kann. Weiter wird thematisiert, ob bei dem Versetzen nach der neuen Fassung noch eine Ortsveränderung erforderlich ist und ob das im Stich lassen auch durch ein aktives Tun begangen werden kann oder nur durch ein Unterlassen. Außerdem wird die Frage behandelt, ob bei der zweiten Tatbestandsalternative eine besondere Nähebeziehung zwischen Täter und Opfer erforderlich ist und ob eine Anwendung der Strafmilderung des § 13 Absatz 2 StGB grundsätzlich möglich ist. Abschließend erfolgt eine kurze Betrachtung der Konkurrenzverhältnisse

innerhalb des Tatbestandes und gegenüber anderen Tatbeständen.

www.verlagdrkovac.de

Eric Hilgendorf (Hrsg.)

Die deutschsprachige Strafrechtswissenschaft in Selbstdarstellungen

Berlin 2010
706 S., 119,95 €
ISBN 978-3-89949-791-5

21 Selbstdarstellungen bedeutender Strafrechtslehrer beleuchten die Entwicklung der deutschsprachigen Strafrechtswissenschaft der letzten fünf Jahrzehnte. Die Autoren schildern ihre persönlichen Eindrücke der Nachkriegszeit – die älteren Autoren sogar von NS-Zeit und 2. Weltkrieg – und der damaligen Studienbedingungen. Prägend war für viele die Strafrechtsreformdiskussion, die im Entwurf von 1962 und dem Alternativentwurf von 1966 gipfelte.

Sie gehen ein auf die studentische Revolte der späten 60er und frühen 70er Jahre und die oftmals kritische Auseinandersetzung mit den Reformen im Besonderen Teil seit Mitte der 70er Jahre. Behandelt werden zudem allgemeine Themen, wie das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Praxis, Fragen der Hochschuldidaktik sowie die Veränderung im Stil der Strafrechtswissenschaft seit den 90er Jahren. Die deutsche Strafrechtswissenschaft genießt hohes internationales Ansehen. Das ist nicht zuletzt Verdienst der in diesem Band versammelten Autoren. Häufig werden daher internationale Kontakte, aber auch die Internationalisierung strafrechtswissenschaftlicher Arbeit an sich thematisiert.

Dass die Beschäftigung mit Recht weit mehr ist als das bloße Lösen komplexer Fälle in begrenzter Zeit, zeigen die hier versammelten Autobiographien in eindrucksvoller Weise. So vermögen die Lebensläufe nicht zuletzt die enge Verflechtung der Rechtswissenschaft mit der allgemeinen kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklung vor Augen zu führen.

Gerade die Autobiographien bedeutender Gelehrter eröffnen neue Blickwinkel. Durch die Selbstdarstellung tritt die Person hinter ihrem Werk hervor. Damit gewinnt auch das Werk selbst an Plastizität, manches erscheint in neuem Licht und Nuancen werden verständlich.

www.degruyter.de

Michael **Grosse-Brömer** | Oliver **Klein**
Sicherungsverwahrung als Verfassungsauftrag. (Zugleich Anmerkung zu EGMR, U. v. 17.12.2009 - Nr. 19359/04 -)
ZRP 6/2010, 172-175

Frieder **Dünel** | Christoph **Flügge**
Manfred **Lösch** | Anke **Pörksen**
Plädoyer für verantwortungsbewusste und rationale Reformen des strafrechtlichen Sanktionensystems und des Strafvollzugs. Thesen des Ziethener Kreises
ZRP 6/2010, 175-178

Karl **Kröpil**
Unterschiedliche Auswirkungen der Begehung von Bagatelldelikten: Ein bedenklicher Wertungswiderspruch? (Anmerkung zu BAG, v. 10.06.2010 - 2 AZR 541/09 -)
ZRP 6/2010, 178-181

OLG Oldenburg
Das Ergebnis einer Blutprobenuntersuchung unterliegt nicht deshalb einem Verwertungsverbot, weil der Entnahme der Blutprobe, wegen fehlenden richterlichen Bereitschaftsdienstes zur Nachtzeit keine richterliche Anordnung vorausgegangen war
B. v. 15.04.2010 - 2 SsBs 59/10 -
VRS Bd. 119 1/2010, 40-43

Christian **Jäger**
Die drei Unmittelbarkeitsprinzipien beim Betrug
JuS 9/2010, 761-766

Stefan **Petermann**
Die Einrichtung gefälschter Internetaccounts - ein Anwendungsfall des § 269 StGB?
JuS 9/2010, 774-778

13. Arbeitswelt | Arbeitsrecht

Thomas Dieterich | Martine LeFriant
Luca Nogler | Katsutoshi Kezuka
Heide Pfarr (Hrsg.)

Individuelle und kollektive Freiheit im Arbeitsrecht

Gedächtnisschrift für Ulrich Zachert

Baden-Baden 2010
721 S., 134,- €
ISBN 978-3-8329-4899-3

Prof. Dr. Ulrich Zachert gehörte zu den großen deutschen Arbeitsrechtlern. Vor allem zur Koalitionsfreiheit, zum Tarifvertragsrecht, zur betrieblichen Mitbestimmung und der Unternehmensmitbestimmung hat er umfangreich publiziert. Sein Schriftenverzeichnis legt davon ein beredtes Zeugnis ab. Angeregt durch und Bezug nehmend auf das Wirken Ulrich Zacherts untersucht die Gedächtnisschrift in 46 Beiträgen von 56 Autorinnen und Autoren die verschiedensten Aspekte des supranationalen und des nationalen Arbeitsrechts, dort vor allem das vertragliche und kollektive Arbeitsrecht. Bei den arbeitsrechtlichen Fragen werden besonders die verfassungsrechtlichen, rechtsvergleichenden und sozialwissenschaftlichen Perspektiven behandelt.

Den namhaften Autorinnen und Autoren gelingt es deutlich zu machen, dass Ihre Beiträge einerseits Resonanz der wissenschaftlichen Lebensleistung Ulrich Zacherts sind, diese zugleich aber auch weiterentwickeln. Sie zeigen damit auch, in wie vielen Bereichen Ulrich Zachert in seinem sehr produktiven wissenschaftlichen Leben tätig war.

Inhaltsverzeichnis

Otto Ernst **Kempen**
Das Grundrecht der Koalitionsfreiheit vor dem Europäischen Gerichtshof

Eva **Kocher**
Wer schützt die Beschäftigten im transnationalen Standortwettbewerb?

Udo **R. Mayer**
Europäische Union - Sozialunion?

Luca **Nogler** | Udo **Reifner**
Der menschliche Makel - Principles of European Contract Law zwischen Merkantil- und Dienstleistungsgesellschaft

Antonio **Ojeda-Aviles**
Enforceability of European Collective Agreements and New Accession Countries

Miguel **Rodriguez-Pinero Bravo-Ferrer** | Miguel **Rodriguez-Pinero Royo**
The Rüffert Case: Posted Workers, Social Dumping and the European Court of Justice

Silvana **Sciarra**
Viking and Laval: Collective Labour Rights and Market Freedoms in the Enlarged EU

Fernando **Valdes Dal-Re**
Social Europe: as it Stands and where it is going

Manfred **Weiss** | Achim **Seifert**
Der Streik im Recht der internationalen Arbeitsorganisation

Ulrike **Wendeling-Schröder**
Das soziale Ideal des Europäischen Gerichtshofs

Dagmar **Schiek**
Europe's socio-economic constitution («Verfasstheit») after the Treaty of Lisbon

Udo **Achten**
Recht auf Bildung - Bildung im Recht

Antonio **Baylos**
Creation d'emploi, marche du travail et droit du travail: l'experience espagnole

Michel **Coutu**
Les droits fondamentaux et la sphere du travail: Vers une citoyennete post-industrielle?

Wolfgang **Däubler**
Zum Grundrechtsschutz des Arbeitnehmers

Antonio **Monteiro Fernandes**
Le Code du Travail Portugals: Une Introduction

Maximilian **Fuchs** | Oliver **Manske**
Gleichbehandlungsgebot und Tarifvertragspraxis in der Leiharbeit

Francois **Gaudu**
L'influence du droit allemand sur le droit social francais

Carlos **Miguel Herrera**
Etat social et droits sociaux fondamentaux

Armin **Höland**
Ehrenamtliche Richterinnen und Richter in der Arbeitsgerichtsbarkeit

Thomas **Klebe** | Andrej **Wroblewski**
Verbotene Liebe? Zur rechtlichen Zulässigkeit von Ethikrichtlinien, insbesondere von internen »Whistleblowing«-Systemen

Wolfgang **Kohte**
Arbeitsmedizinische Untersuchungen zwischen Fürsorge und Selbstbestimmung

Reinhard **Singer**
Grundfragen der Gleichbehandlung im Zivil- und Arbeitsrecht

Karl-Jürgen **Bieback**
Die Gesetzesentwürfe zur Festsetzung von Mindestlöhnen

Matthew **W. Finkin**
The Employee Privacy: American Exceptionalism and the Usefulness of Comparative Law

Martin **Franzen**
Inhaltskontrolle von Änderungsvorhalten im Arbeitsrecht

Sudabeh **Kamanabrou**
Der Entgeltanspruch bei gewissenbedingter Arbeitsverweigerung

Tomoko **Kawada**
Zur Gleichstellung in der Beschäftigung in Japan

Marita **Körner**
Von der Mitarbeiterbeteiligung zur Mitarbeiterkapitalbeteiligung - das Beispiel Frankreich

13. Arbeitswelt | Arbeitsrecht

Hajime **Wada**

Neuere Entwicklungen im Recht der
Arbeitsordnung in Japan

Rolf **Wank**

Gedanken zur Lohngerechtigkeit

Peter **Berg**

Das Arbeitskampfrecht in der rechtspoliti-
schen Auseinandersetzung

Reinhard **Bispinck**

Von der Erosion zur Restabilisierung?

Thomas **Blanke**

Individuelle durch kollektive Freiheit im
Arbeitskampf recht?

Holger **Brecht-Heitzmann**

Das Kombinationsprinzip als Lösung
der Tarifpluralität

Olaf **Deinert**

Abweichung vom Tarifvertrag durch
verdrängte Vertragsabrede oder Vorrats-
vereinbarung

Thomas **Dieterich**

Koalitionswettbewerb - Nutzung von
Freiheit oder Störung der Ordnung?

Detlef **Hensche** | Henner **Wolter**

Die verhältnismäßige Freiheit - zum Über-
maßverbot des Streiks

Katsutoshi **Kezuka**

Corporate Governance and Industrial
Relations: Reconstruction of Industrial
Relations based on the Concept of »Stake-
holder Democracy«

Antoine **Jeammaud** | Martine **Le Friant**

Gewerkschaftsfreiheit und Gewerk-
schaftspluralismus in Frankreich

Michael **Kittner**

Kommen die »Gelben« zurück?

Rüdiger **Krause**

»Blitzaustritt« und »Blitzwechsel« von
Arbeitgebern als Herausforderung
des Tarifrechts

Jesus Martinez **Girón**

Alberto Arufe **Varela**

The Right of Access of the Nonemployee
Union Organizers (das Zugangsrecht
durch betriebsfremde Gewerkschafts-
beauftragte) to the Premises of the
Enterprise. A Comparative Analysis of
the German, Spanish and Federal North
American Case Law

Monika **Schlachter**

Streikrecht außerhalb des Arbeitsverhält-
nisses?

Axel **Stein**

Wirksamkeit der privatrechtlichen Ver-
pflichtung zum Koalitionsbeitritt

Peter **Stein**

Tarifautonomie und Kündigungsschutz

Hermann **Unterhinninghofen**

»Gelber« Anachronismus? Zu Fehlentwick-
lungen im Koalitionsrecht

Hellmut **Wissmann**

Unternehmensmitbestimmung.
Mehr Autonomie wagen?

www.nomos.de

Günter **Lange**

Der teilanonymisierte Stellenbewerber
ZAP 17/2010, 829-830

LAG Mecklenburg-Vorpommern

Arbeitnehmer dürfen nicht zur Ver-
schwiegenheit über Gehaltshöhe ver-
pflichtet werden

U. v. 21.10.2009 - 2 Sa 237/09 -, (351)
FuBW 17/2010, 746-747

ArbG Köln

Zulässigkeit einer Stellenausschreibung
nur für Frauen

U. v. 12.01.2010 - 8 Ca 9872/09 -
Streit 2/2010, 89-91

Stefan Lingemann | Jobst H. Bauer

Martin Diller | Katrin Haußmann

Anwalts-Formularbuch Arbeitsrecht

4. Aufl., Köln 2010

1200 S., 100.00 €

Erscheinungstermin: September 2010

ISBN 978-3-504-42667-5

Die Neuauflage enthält wiederum alle
für die anwaltliche Praxis im Arbeitsrecht
erforderlichen Formulare und Muster,
sowohl im Individual- als auch im kollek-
tiven Arbeitsrecht. Alle seit der Voraufgabe
erfolgten Gesetzesänderungen und
die relevante einschlägige Rechtsprechung
sind eingearbeitet. Neu aufgenommen
wurden Kapitel zu Datenschutz und Com-
pliance sowie zum Insolvenzarbeitsrecht.
Kurze Einführungen zu den einzelnen
Kapiteln sorgen für einen Überblick über
die Rechtslage. Ausführliche Erläuterungen
zu den einzelnen Mustern sind an Ort
und Stelle eingearbeitet und helfen so,
Problemfälle zu vermeiden und Alternativ-
lösungen zu entwickeln. Alle Muster und
Formulare sind auf der beigefügten CD
enthalten.

www.otto-schmidt.de

BAG

Arbeitsrecht: Zwang zu altersneutraler
Stellenausschreibung

U. v. 19.08.2010 - 8 AZR 530/09 -

mit Anmerkung

NWB direkt 35/2010, 917-918

BAG

Das weibliche Geschlecht als zulässige
Voraussetzung für das Amt der kom-
munalen Gleichstellungsbeauftragten

U. v. 18.03.2010 - 8 AZR 77/09 -

Streit 2/2010, 79-85

LAG Düsseldorf

Stellenausschreibung mit frauen-
förderndem Hinweis

U. v. 12.11.2008 - 12 Sa 1102/08 -

Streit 2/2010, 85-88

14. Sozialrecht

2. Schleswig-Holsteinische Sozialrechtstag

Vermeidung, Schlichtung und Vereinfachung sozialrechtlicher Verfahren

16.09.2010, Schleswig

Sozialrechtliche Verfahren werden immer komplizierter, immer zeitaufwendiger – und das bei seit Jahren steigenden Eingangszahlen. Die Sozialgerichtsbarkeit steht an der Grenze ihrer Belastbarkeit. Wir müssen vor diesem Hintergrund nach Möglichkeiten der Vermeidung, Schlichtung und Vereinfachung sozialrechtlicher Verfahren suchen, ohne dabei die Errungenschaften des Sozialstaates und wichtige Verfahrensrechte der Beteiligten zu gefährden. Hierzu will der Schleswig-Holsteinische Sozialrechtstag, der zum zweiten Mal stattfinden wird, einen Beitrag leisten. Er knüpft dabei an die mehr als zwei Jahrzehntelange erfolgreiche Tradition der Nordischen Sozialrechtstage an, die gemeinsam von der Sozialgerichtsbarkeit und der damaligen Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein (LVA) veranstaltet wurden.

Aufgrund der Fusion der Landesversicherungsanstalten und der damit verbundenen Auflösung der LVA Schleswig-Holstein konnte das bisherige Tagungskonzept nicht aufrecht erhalten werden. Die Schleswig-Holsteinische Sozialgerichtsbarkeit richtet seither im zweijährigen Turnus den Schleswig-Holsteinischen Sozialrechtstag allein aus, bindet dabei aber dem jeweiligen Themenschwerpunkt entsprechend wechselnde Partner in die Gestaltung der Tagung ein. Der Schleswig-Holsteinische Sozialrechtstag richtet sich, wie auch schon die Nordischen Sozialrechtstage, über Schleswig-Holstein hinaus an alle diejenigen, die mit dem Sozialrecht befasst sind, sei es an den Gerichten oder in der Sozialverwaltung, aber auch an die Anwaltschaft, Sozialrechtsverbände, Sozialmediziner und nicht zuletzt an die Universität. Ziel der Tagung ist es, Gelegenheit zur Auseinandersetzung mit aktuellen sozialrechtlichen Problemen und Gesetzesvorhaben zu geben und durch

einen intensiven Gedankenaustausch einen Beitrag zur Gestaltung des Sozialrechts zu leisten. Dabei sollen sowohl juristische und wissenschaftliche Hintergründe beleuchtet als auch dem Erfahrungsaustausch ein großer Stellenwert eingeräumt werden.

www.schleswig-holstein.de

Gottfried Nitze

Taschenlexikon des neuen Beihilferechts 2010

ABC der Kranken- und Pflegefürsorge

Für Beamte, Soldaten
und Versorgungsempfänger

Regensburg 2010

14.99 €

ISBN 978-3-8029-2510-8

www.walhall.de

Thomas **Bubeck** | Ulrich **Sartorius**
Rechtsprechungsübersicht zum Sozialrecht - 1. Halbjahr 2010
ZAP 17/2010, 837-846

Axel Fortmann | Peter Bach

Krankheitskostenversicherung und Krankenhaustagegeldversicherung

Mit der aktuellen Rechtsprechung
zu den MB/KK2009

Karlsruhe 2010

206 S., 32.00 €

VersicherungsForum, Bd. 34

ISBN 978-3-89952-544-1

www.vvv.de

Andreas **Marschner**

Neuorganisation von "Hartz IV"

NWB direkt 35/2010, 927

Sang-Ho Oh

Der unfallversicherungsrechtliche Regress gegen den Arbeitnehmer im Vergleich zur arbeitsrechtlichen Haftung des Arbeitnehmers

Schriften zum Versicherungs-, Haftungs-
und Schadensrecht, Bd. 28

Hamburg 2010

156 S., 68.00 €

Erscheinungstermin: September 2010

ISBN 978-3-8300-5230-2

Die Haftung des Arbeitnehmers ist im deutschen Recht abweichend vom allgemeinen Zivilrecht geregelt. Allerdings gibt es dafür zwei unterschiedliche Regelungssysteme. Für Personenschäden, die der Arbeitnehmer gegenüber Kollegen und dem Arbeitgeber verursacht, ist seine unmittelbare zivilrechtliche Haftung gegenüber den Geschädigten gemäß §§ 104 ff. SGB VII grundsätzlich ausgeschlossen, und die Haftung des Arbeitnehmers wird durch einen Regressanspruch der Sozialversicherung gemäß § 110 SGB VII realisiert. Der andere Bereich der Haftung des Arbeitnehmers ist die sog. arbeitsrechtliche Haftung, also die durch richterrechtliche Regeln veränderte zivilrechtliche Haftung. Das Werk untersucht die beiden Haftungssysteme vergleichend auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten.

Schlagworte

- Zivilrechtliche Haftung
- Arbeitnehmerhaftung
- Regresshaftung
- Haftungsausschluss
- Betriebliche Tätigkeit
- Bezugspunkt des Verschuldens
- Mitverschulden
- Haftungsverteilung
- Haftungsprivilegierung
- Soziale Umstände
- §§ 105, 110 SGB VII
- Arbeitsrecht

www.verlagdrkovac.de

15. Wirtschaftsrecht

Frank Eckhoff

Die Haftung der Geschäftsleiter gegenüber den Gläubigern der Gesellschaft wegen Insolvenverschleppung

Schriften zum Insolvenzrecht, Bd. 38
Baden-Baden 2010
204 S., 54.00 €
ISBN 978-3-8329-5491-8

Die Arbeit stellt die Voraussetzungen der Außenhaftung der Geschäftsleiter wegen Insolvenverschleppung unter Berücksichtigung der Änderungen durch das MoMiG und das Finanzmarktstabilisierungsgesetz umfassend dar. Neben den Haftungsfolgen der Insolvenverschleppung werden auch die Insolvenztatbestände, insbesondere die Überschuldung behandelt. Sämtliche Anspruchsgrundlagen für die Außenhaftung des Geschäftleiters werden prägnant und mit klarem Praxisbezug diskutiert. Dabei wird auch zu den Fragen des Umfangs der Haftung gegenüber gesetzlichen Gläubigern und der Einbeziehung der Neugläubiger in den Quotenschaden Stellung genommen.

Der Autor ist Rechtsanwalt und Partner in einer überörtlichen wirtschaftsberatenden Sozietät.

www.nomos.de

Marc Ph. Weber

Die Umsetzung der Enforcement-Richtlinie ins deutsche Recht

Unter besonderer Berücksichtigung der Umsetzung des Art. 7 RL

Schriften zum Wirtschafts- und Medienrecht, Steuerrecht und Zivilprozessrecht, Bd. 44

Frankfurt am Main 2010
375 S., 74.80 €
ISBN 978-3-631-60332-1

Mit der Richtlinie 2004/48/EG zur Durchsetzung der Rechte des geistigen

Eigentums (Enforcement-Richtlinie) hat der Europäische Gesetzgeber Neuland betreten und erstmals auf Gemeinschaftsebene einen umfassenden Katalog von Maßnahmen, Verfahren und Rechtsbehelfen für die zivilrechtliche Durchsetzung von Immaterialgüterrechten vorgesehen. Diese Arbeit untersucht den Umsetzungs- und Änderungsbedarf, der sich aufgrund der Enforcement-Richtlinie für das deutsche Recht ergibt. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Umsetzung des Art. 7 RL, durch welchen die vorprozessuale Beweisermittlung bei einer vermuteten Verletzung von geistigen Eigentumsrechten auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt werden musste.

Inhaltsverzeichnis

- Umsetzung der Enforcement-Richtlinie
- Beweissicherung
- Beweisermittlung
- Auskunftsanspruch gegen Access Provider

www.peterlang.de

Verena Förster

Die Vereinbarung variabler Zinssätze in AGB

Osnabrücker Schriften zum Unternehmens- und Wirtschaftsrecht, Bd. 11

Frankfurt am Main 2010
208 S., 47.80 €
ISBN 978-3-631-60392-5

Mit variablen Zinsen sollen Laufzeitisiken bewältigt werden. Beim Abschluss von Kredit- und Sparverträgen besteht häufig ein Bedürfnis, den vertraglich geschuldeten Zinssatz an die Entwicklung der Kapitalmarktverhältnisse anzupassen. Darüber hinaus wird in jüngerer Zeit die Frage diskutiert, inwieweit variable Zinsen von der Bonität des Kreditnehmers abhängig gemacht werden können. Die Anforderungen an die Klauselgestaltung sind aufgrund strenger Vorgaben des AGB-Rechts hoch. In dieser Arbeit werden

Kriterien für die AGB-Kontrolle entwickelt und Vorschläge für die Vertragsgestaltung unterbreitet.

Inhalt

- Wirksamkeitsvoraussetzungen für Zinsgestaltungen im Kreditgeschäft der Banken
- Anknüpfungskriterien: Änderungen des Kapitalmarktes oder der Bonität des Kunden
- Wirksamkeitsvoraussetzungen für Zinsgestaltungen im Einlagengeschäft
- Rechtsfolgen unwirksamer Zinsklauseln
- Ausübungskontrolle und Folgen einer fehlerhaften oder unterlassenen Zinsanpassung

www.peterlang.de

Aleksandra Zakrzewska

Die Europäische Privatgesellschaft

Die SPE im Vergleich zur GmbH des deutschen und polnischen Rechts im Hinblick auf die Expansion von KMU nach Polen

Hamburg 2010
106 S., 49.50 €
ISBN 978-3-8366-9311-0

www.diplomica-verlag.de

Stefan Leible | Klaus Schäfer

Alternative Finanzierung für den Mittelstand

Wirtschaft - Recht - Steuern

Bayreuther Studien zum Wirtschafts- und Medienrecht, Bd. 4

München 2010
227 S., 29.80 €
ISBN 978-3-86653-163-5

www.sellier.de

16. Wettbewerbsrecht | Kartellrecht

Volker Beuthien | Martin Schöpflin
Reinmar Wolff | E. H. Meyer
Gottfried Meulenbergh

Genossenschaftsgesetz mit Umwandlungs- und Kartellrecht sowie Statut der Europäischen Genossenschaft

Beck'sche Kurz-Kommentare, Bd. 11

15. Aufl., München 2010
1440 S., 138.00 €
Erscheinungstermin: November 2010
ISBN 978-3-406-60578-9

www.beck-shop.de

Jens Holscher

Der materielle Untersagungstatbestand im europäischen Fusionskontrollrecht

Die Reform
der EG-Fusionskontrollverordnung
vom 01.05.2004

Studienreihe Wirtschaftsrechtliche For-
schungsergebnisse. Bd. 147

Hamburg 2010
286 S., 88.00 €
ISBN 978-3-8300-5322-4

Die auffälligste Änderung der neuen Fusionskontrollverordnung 139/2004 war die Neufassung des Untersagungskriteriums in Art. 2 Abs. 3 FKVO. Unklar ist seither, ob damit das Marktbeherrschungskriterium lediglich zu einem Regelbeispiel des allein entscheidenden Prüfungskriteriums der erheblichen Behinderung wirksamen Wettbewerbs degradiert wurde. Obwohl einige Jahre lang Erfahrungen mit der neuen Fusionskontrollverordnung gesammelt werden konnten, ist noch nicht bis ins Letzte ausgelotet, wie sich das neue Kriterium auf die zukünftige Praxis auswirkt.

Der Autor nimmt die aktuelle Rechtsunsicherheit auf und untersucht, ob die Kritik am bisherigen

Untersagungskriterium berechtigt war und, ob die Reform dieser Kritik den Boden entzogen hat. Das Buch trifft eine klare Aussage, ob das neue Untersagungskriterium ein qualitatives Mehr beinhaltet und wie dieses qualitative Mehr bestimmt ist.

Die Ergebnisse der Untersuchung sind nicht nur relevant für die Anwendung der novellierten Fusionskontrollverordnung, sondern auch aufschlussreich für die aktuelle Diskussion über eine Novellierung des deutschen Zusammenschlusstatbestands.

Schlagworte

- Fusionskontrollverordnung
- Europarecht
- Kartellrecht
- Wettbewerbsrecht
- Fusionskontrolle
- Zusammenschlusskontrolle
- Marktbeherrschungstest
- Novelle
- FKVO 139/2004
- SIEC-Test

www.verlagdrkovac.de

Christian Karbaum

Kartellrechtliche Compliance Rechtsgrundlagen und Umsetzung

Osnabrücker Schriften zum Unterneh-
mens- und Wirtschaftsrecht, Bd. 12

Frankfurt am Main 2010
403 S., 74.80 €
ISBN 978-3-631-61236-1

Der Begriff Compliance ist zu einem Modebegriff geworden und hat vor allem bei der Bekämpfung von Korruption, im Kapitalmarktrecht und im Kartellrecht Eingang in die Rechtssprache gefunden. Er steht für ein organisatorisches Konzept zur Gewährleistung regelkonformen Verhaltens. Die seit Jahren stetig steigenden Bußgelder bei Kartellverstößen haben den Präventionsbedarf bzw. den Bedarf nach Compliance in den Fokus der Diskussion

gerückt. Vor diesem Hintergrund analysiert die Arbeit umfassend die kartellrechtsbezogenen Organisations- und Sorgfaltspflichten von Organmitgliedern in der Aktiengesellschaft, um einen rechtlich geforderten Mindeststandard kartellrechtlicher Compliance abzuleiten. Darauf aufbauend bietet die Arbeit ein umfassendes und praxisorientiertes Konzept zur Organisation kartellrechtlicher Compliance bzw. zur Prävention von Kartellverstößen und Sorgfaltspflichtverletzungen.

Inhalt

- Compliance als Konzept zur Prävention von Kartellverstößen und Erfüllung organschaftlicher Sorgfaltspflichten
- Compliance-Pflicht des Vorstands
- Konzernweite Compliance-Verantwortung
- Pflicht des Aufsichtsrats, Compliance zu überwachen
- Recht verlangt fünf Compliance-Funktionen: Risikoidentifikation und -analyse, Organisation, Instruktion, Überwachung und Krisenmanagement
- Praktisches Compliance-Konzept
- Compliance als bußgeldmildernder Umstand in Behördenpraxis

www.peterlang.de

Volker Züllighoven

Verbraucherschutz durch Informationspflichten im Wettbewerbsrecht

Am Beispiel der Irreführung
durch Unterlassen

Marburg 2010
494 S., 39.90 €
ISBN 978-3-8288-2246-7

www.tectum-verlag.de

LG Nürnberg-Fürth
Wettbewerbsverstoß durch Unterlassung von Pflichtangaben nach dem Telemediengesetz
U. v. 25.03.2010 - 3 HK O 9663/09 -
DStR 35/2010, 1808

17. Gewerblicher Rechtsschutz

Andrej Levin

Der Nachweis der Verkehrsdurchsetzung im Markenrecht

Europäische Hochschulschriften - Reihe II,
Bd. 5067
Frankfurt am Main 2010
159 S., 35.80 €
ISBN 978-3-631-61284-2

Eine Marke kann nur eingetragen werden, wenn ihr keine absoluten Schutzhindernisse entgegenstehen. Die Überwindung der absoluten Schutzhindernisse des Markenrechts ist nur möglich, wenn sich eine Marke infolge ihrer Benutzung für die Waren oder Dienstleistungen, für die sie angemeldet worden ist, in den beteiligten Verkehrskreisen durchgesetzt hat. Diese Arbeit beschäftigt sich mit der Frage, wie eine solche Verkehrsdurchsetzung nachgewiesen werden kann. Dabei steht neben anderen Nachweisalternativen der Nachweis mittels eines demoskopischen Gutachtens im Mittelpunkt. Hierbei werden u.a. die Unterschiede der europäischen und deutschen Nachweispraxis aufgezeigt, und es werden gegenwärtig in Literatur und Rechtsprechung problematisierte Fragen diskutiert.

Inhalt

- Verkehrsdurchsetzung i.S.d. § 8 III MarkenG - Art. 7 III GMV - Art. 3 III MarkenRL
- Acquired distinctiveness
- Urteile: Chiemsee, Rocher-Kugel, Post, Kinder, Lotto
- Überwindung absoluter Schutzhindernisse
- Einhellige / erhebliche Durchsetzungsgrade
- Lösungsverfahren DPMA / HABM
- Niedermann Allensbach
- Pflüger GfK
- Demoskopische Gutachten
- Rechtsdemoskopie

www.peterlang.de

Somi C. Micsunescu

Der Amtsermittlungsgrundsatz im Patentprozessrecht

Überlegungen zur Reform
des Patentnichtigkeitsverfahrens

Tübingen 2010
320 S., 70.00 €
ISBN 978-3-16-150459-4

Das patentrechtliche Nichtigkeitsverfahren ist von enormer wirtschaftlicher Bedeutung für die forschende Industrie. Seit einiger Zeit erfährt dieses jedoch deutliche Kritik: Zu lange Verfahrensdauern und rechtsmissbräuchliche Prozesstaktiken gefährden die Verfahrensgerechtigkeit und -effizienz. Um einen gerechten Ausgleich zwischen Innovation und Patentschutz herzustellen, muss das Nichtigkeitsverfahren reformiert werden. Somi Constanze Micsunescu untersucht Reformansätze für das Nichtigkeitsverfahren und befasst sich insbesondere mit der Geltung des Amtsermittlungsgrundsatzes. Zugleich wird die dogmatische Ausrichtung des Nichtigkeitsverfahrens ergründet. Außerdem zieht die Autorin einen Vergleich zu den Nichtigkeitsprozessen anderer EU-Mitgliedstaaten und zeigt den Kontext zur Europäischen Patentgerichtsbarkeit auf.

www.mohr.de

Karl-Heinz **Ladeur**

Der Auskunftsanspruch aus § 101 UrhG und seine Durchsetzung. Zivilrechtsanwendung ohne Methode und jenseits der Drittwirkung der Grundrechte? (Aufsatz Online)

NJW 37/2010, 2702

Markus Hoffmann | Thorsten S. Richter

Geistiges Eigentum in der Betriebspraxis

Wiesbaden 2010
220 S., 29.95 €
ISBN 978-3-8349-2592-3

www.gabler.de

Katharina Waschmann

Die unberechtigte Verwarnung aus Kennzeichenrecht

Nomos Universitätschriften Recht,
Bd. 688
Baden-Baden 2010
232 S., 59.00 €
ISBN 978-3-8329-5761-2

Schutzrechtsverwarnungen ergehen immer wieder (bewusst) zu Unrecht. Die Arbeit befasst sich mit den Folgen einer solchen unberechtigten Verwarnung, insbesondere aus Markenrechten. Vor dem Hintergrund der Rechtsprechung des BGH werden die bestehenden Risiken für Schutzrechtsinhaber und die möglichen Gegenansprüche der vermeintlichen Schutzrechtsverletzer erörtert.

Die Arbeit zeigt Wege auf, mittels derer ein angemessener Ausgleich der widerstreitenden Interessen gefunden werden kann. Einen Schwerpunkt bildet die Frage nach der Anspruchsgrundlage für Unterlassungs- und Schadensersatzansprüche des zu Unrecht Verwarnten: Sind die Regelungen des UWG dem Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb nach § 823 I BGB vorzuziehen?

www.nomos.de

Josef Limper | Christian Musiol

Handbuch des Fachanwalts Urheber- und Medienrecht

Köln 2010
1200 S., 148.00 €
ISBN 978-3-452-27431-1
Erscheinungstermin: Dezember 2010

www.heymanns.com

18. Steuerrecht

Markus München

Die Zinsschranke

eine verfassungs-, europa-
und abkommensrechtliche
Würdigung

Trierer Studien zum Internationalen
Steuerrecht, Bd. 9

Frankfurt am Main 2010
184 S., 44.80 €
ISBN 978-3-631-60166-2

Die Vergabe überhöhter Darlehen der ausländischen Mutter- an ihre inländische Tochtergesellschaft zu überhöhtem Zinssatz stellte in der Vergangenheit ein beliebtes Steuersparmodell in internationalen Kapitalgesellschaftskonzernen dar. Während überhöhte Zinsen durch steuerliche Gewinnberichtigungsvorschriften berichtigt werden konnten, war die Korrektur eines unangemessenen Fremdkapital-Eigenkapital-Verhältnisses steuerlich kaum möglich.

Da die Rechtsprechung unter Hinweis auf unternehmerische Finanzierungsfreiheit regelmäßig Rechtsmissbrauch ablehnte, schuf der Gesetzgeber § 8a KStG a.F., der bei überhöhten Gesellschafterdarlehen zur Annahme einer verdeckten Gewinnausschüttung und damit zu anteiligem Zinsabzugsverbot bei der inländischen Tochtergesellschaft führte.

Der EuGH hielt diese Vorschrift für gemeinschaftswidrige Ausländerdiskriminierung, so dass der Gesetzgeber nach etlichen Verbesserungsversuchen schließlich im Rahmen des Unternehmensteuerreformgesetzes 2008 mit der sogenannten Zinsschranke eine stark erweiterte allgemein geltende Finanzierungsvorschrift mit Zinsabzugsbeschränkungen schuf, die zugleich zu erhöhtem Steueraufkommen führte und der Gegenfinanzierung geplanter Steuerentlastungen diente.

Diese Arbeit befasst sich mit dieser Zinsschranke und etwaigen verfassungs-, gemeinschafts- und abkommensrechtlichen Problemen.

Inhalt

- Die Zinsschranke (§§ 4h EStG, 8a KStG)
- Die Entstehung der Zinsschranke
- Ausgangspunkt
- Zielsetzung
- Die Zinsschranke im Überblick
- Die Vereinbarkeit des Zinsabzugsverbots der Zinsschranke mit dem Grundgesetz
- Die Vereinbarkeit des Zinsabzugsverbots der Zinsschranke mit dem Gemeinschaftsrecht
- Die Vereinbarkeit des Zinsabzugsverbots der Zinsschranke mit dem Abkommensrecht

www.peterlang.de

GRUR-Jahrestagung

15.-18.09.2010, Hamburg

www.grur.de

Matthias **Gehm**

Die strafbefreiende Selbstanzeige gem. § 371 AO in der Diskussion, (Zugleich Anmerkung zu BGH, B. v. 20.05.2010 - 1 StR 577/09 -)
ZRP 6/2010, 169-172

Jürgen **Wessing** | Rainer **Biesgen**

Der 1. Strafsenat des BGH und das Steuerstrafrecht, (zugl. Anmerkung zu BGH, U. v. 02.12.2008 - 1 StR 416/08 - BGH, U. v. 17.03.2009 - 1 StR 627/08 - BGH, U. v. 30.04.2009 - 1 StR 342/08 - BGH, U. v. 17.03.2009 - 1 StR 479/08 - BGH, U. v. 20.05.2010 - 1 StR 577/09 -)
NJW 37/2010, 2689-2694

SCHWEIZ

Mathis **Berger**

Entwicklungen im Immaterialgüter- und Lauterkeitsrecht
SJZ 16-17/2010, 396-402

Fachinstitut der Steuerberater e.V.

62. Fachkongress der Steuerberater

28-29.09.2010, Köln

Programm

- Steuerpolitik der Bundesregierung
- Großer Senat des Bundesfinanzhofs zur Abzugsfähigkeit gemischter Aufwendungen
- Mittelstand
- Aktuelle Steuerrechts- und Gestaltungsfragen zu Gesellschafterdarlehen bei Personen- und Kapitalgesellschaften
- Abfindungsklauseln in Gesellschaftsverträgen - Zivilrecht und Steuerrecht
- Praxiserkenntnisse zur neuen Erbschaftsteuer
- Internationales Steuerrecht
- Neues zu Betriebsstättenbegriff und Gewinnermittlung
- Besteuerung von Funktionsverlagerungen - neue Rechtslage
- Entstrickung: Rechtsprechung, Gesetzgeber und Verwaltung
- Bilanzen und Steuern
- Steuerbilanzpolitik unter BilMoG einschließlich Ausschüttungssperren
- § 5b EStG: Elektronische Bilanz - Sachstandsbericht
- Ausgewählte Probleme aus dem Bilanzsteuerrecht
- Kapitalgesellschaften
- Anwendungsfragen des neuen § 8c KStG
- Zivilrecht - Steuerrecht - Haftung
- Steuerstrafrecht und Kapitaleinkünfte
- Aktuelles Steuerstrafrecht einschließlich internationaler Finanzanlagen
- Kapitaleinkünfte - Abgeltungssteuer - neuer Erlass

www.fachinstitut-der-steuerberater.de

19. Umwelt | Agrar | Energie

Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung Dresden und die Juristische Fakultät der Technischen Universität Dresden

Risikodogmatik im Umwelt- und Technikrecht von der Gefahrenabwehr zum Risikomanagement

19.10.2010, Dresden

Naturgefahren und neue Technologien stellen das Umwelt- und Technikrecht aktuell vor neue Herausforderungen. Schlüsselbegriffe sind in diesem Zusammenhang die Risikobewertung und das Risikomanagement. Zahlreiche EU-Umweltrichtlinien enthalten neuerdings bereits entsprechende Regelungen, die zum Teil schon in nationales Recht umgesetzt wurden. Umweltwirksame Handlungen und der Gebrauch von Technik in der Gesellschaft resultieren aus Entscheidungen unter Ungewissheit. Für das Recht und den Gesetzgeber bedeutet dies "Vorbereitung auf das Nicht-Erwartbare" zu treffen; nicht mehr die Abwehr konkreter Gefahren steht im Vordergrund, sondern auch und vor allem die Risikovorsorge. Brauchen wir neue Ansätze im Recht zum Umgang mit naturbezogenen oder technischen Risiken? Mit welchen Instrumenten lassen sich im Recht die objektive Ungewissheit und das subjektive Nichtwissen von Wirkungsbeziehungen und Interdependenzen bewältigen? Und wo liegen die Grenzen eines staatlich kalkulierten Risiko- oder Wagnispotenzials? Diese und ähnliche Fragen sollen in dem Symposium behandelt werden. Veranstalter sind das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung Dresden und die Juristische Fakultät der Technischen Universität Dresden. Namhafte Referenten tragen aus unterschiedlichen Perspektiven zu den Themen vor. Die Veranstaltung richtet sich an Juristen, Verwaltungswissenschaftler und Planer aus Wissenschaft und Praxis sowie an Landes- und Kommunalbeamte.

www.ioer.de

Bundesministerium für Umwelt und Technologie

Fünfter Nationaler IT-Gipfel

am 07.12.2010, Dresden

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) hat auch in diesem Jahr die Federführung zur Vorbereitung des Nationalen IT Gipfels übernommen. Der Fünfte Nationale IT Gipfel findet am Dienstag, den 07. Dezember 2010, im Internationalen Congress Center (ICD) in Dresden statt.

Die Neustrukturierung des kommenden Gipfels sieht jeweils eine Doppelspitze aus Regierung und Wirtschaft sowie sechs Arbeitsgruppen vor. Außerdem stehen neben der inhaltlichen Neuausrichtung auf aktuelle Themen wie Smart Grids, Cloud Computing und Sicherheit und Schutz in der digitalen Gesellschaft auch ein Sonderthema zur Gesundheitsthematik im Fokus. Das Sonderthema und das Regionalthema, das wichtige Aspekte des Gastortes für den IKT-Standort Deutschland herausstellt, werden ab sofort jährlich wechseln.

Folgende Arbeitsgruppen bilden den Kern der neuen Struktur:

- IKT- Standort und innovative Anwendungen für die Wirtschaft (BMWi/BITKOM)
- Digitale Infrastrukturen (Deutsche Telekom AG/BMWi)
- Innovative IT-Angebote des Staates (Software AG/Bundesministerium des Innern)
- Vertrauen, Datenschutz und Sicherheit im Internet (Bundesministerium des Innern/DATEV)
- Verantwortung und Schutz in der vernetzten Gesellschaft (Bundesministerium der Justiz/IBM)
- Bildung und Forschung für die digitale Zukunft (Bundesministerium für Bildung und Forschung/SAP)
- E-Health/Gesundheitstelematik (Bundesministerium für Gesundheit/Giesecke & Devrient)

- Mikroelektronik und IT-Cluster Sachsen (Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst des Landes Sachsen/Infineon)

www.bmwi.de

Dan M. Gunasekera

Civil Liability for Bunker Oil Pollution Damage

Internationalrechtliche Studien, Bd. 57

Frankfurt am Main 2010
332 S., 59,80 €
ISBN 978-3-631-60460-1

This book deals with the liability conventions brought into existence by the International Maritime Organization and concentrates on the newly adopted instrument dealing with bunker oil pollution as an area of great concern for every stakeholder involved in shipping business. The work covers a wide spectrum ranging from the Convention itself to its scope of application, liable and aggrieved parties, jurisdiction, requirements of liability and admissibility of claims, defences and exoneration from liability. It addresses many areas of interest and of importance to international and national legal advisors, lawyers, law students and anyone interested in the relevant field such as shipowners, charterers, shipbrokers, ship personnel and associated contractors and sub-contractors.

www.peterlang.de

Gesellschaft für Umweltrecht (Hrsg.)

Dokumentation zur 33. wissenschaftlichen Fachtagung der Gesellschaft für Umweltrecht e.V. Berlin 2009

Berlin 2010
220 S., 44,80 €
ISBN 978-3-503-12605-7

www.esv.info

20. Bauen | Wohnen | Immobilien

Hendrik R. Bott

Absicherung der Mängelrechte im spanischen Bauvertragsrecht unter rechtsvergleichenden Aspekten

Eine Untersuchung der Rechtsverhältnisse
zwischen Besteller und Unternehmer

Schriften der Deutsch-Spanischen Juristen-
vereinigung, Bd. 35

Frankfurt am Main 2010
181 S., 41.80 €
ISBN 978-3-631-60483-0

Gegenstand dieser Arbeit ist der spanische Bauvertrag. Dabei liegt der Schwerpunkt der Untersuchung auf der Absicherung der Mängelrechte im Rahmen der Ley de Ordenación de la Edificación (LOE). Die Analyse gibt Antwort auf die Frage, mit welchen Mitteln der spanische Gesetzgeber ein angemessenes Gewährleistungssicherheitsniveau des Bauherrn gegenüber dem Unternehmer zu schaffen sucht und ob bzw. wie diese dem deutschen Rechtskreis als Vorbild dienen können.

Inhalt

- Der spanische Bauvertrag mit rechtsvergleichenden Aspekten: Geschichtliche Entwicklung und Rechtsquellen
- Zustandekommen und Inhalt
- Bauausführung und Abnahme
- Risikoverteilung und Haftung
- Sicherungshypothek für Bauleistungen
- Gewährleistungssicherheiten gem. Art. 19 LOE
- Sicherungsverpflichtung, Anwendungsbereich und Sicherungsmittel i.R.d. Art. 19 LOE
- Abschluss, Durchführung sowie Schadensregulierung i.R.d. Gewährleistungsversicherungen
- Anwendbarkeit des Modells auf den deutschen Rechtskreis

www.peterlang.de

Thomas Kaligin

Aktuelle Immobilienbesteuerung 2010

Stuttgart 2010
160 S., 62.00 €
ISBN 978-3-415-04533-0

Die erhöhten Absetzungen nach § 7h EStG für Investitionen in Sanierungsgebieten bzw. § 7i EStG für Baudenkmale stellen die letzten Steuersparoasen für die Initiatoren von steuerbegünstigten Kapitalanlagen dar. Der Autor erläutert den Anwendungsbereich der Vorschriften anhand zahlreicher praktischer Anlagefälle (z.B. Umfang der Bindungswirkung des Grundlagenbescheids der Kommune, Streitfragen bei Kompaktanierungen versus steuerschädlichen Neubau). Im sachlichen Kontext werden die Berührungspunkte mit der Verlustverrechnungsbeschränkungsvorschrift des § 15a EStG bei beschränkt haftenden Mitunternehmern (insbesondere GmbH & Co. KG bzw. GbR mit beschränkter Haftung) dargelegt. Ein weiteres Thema sind die potenziellen Überschneidungen zur Bekämpfung von Steuerstundungsmodellen gemäß § 15b EStG als Nachfolger des ausgelaufenen § 2b EStG. Der Kommentar erläutert umfassend die Rechtslage zu den vier oben genannten Steuervorschriften, die ineinandergreifen.

www.boorberg.de

Andrea **Berndgen-Kaiser** | Kerstin **Bläser**
Siedlungsstrategien: Zukunft von Einfamilienhausgebieten
BBB 9/2010, 22-25

Bernd **Niebuhr**
Wohnquartiere: Urbane Wohnkonzepte
BBB 9/2010, 36-39

Friedemann **Kuppler**
Sanierung zum Niedrigenergiehaus
BBB 9/2010, 50-53

Gabriele Bobka (Hrg.)

Spezialimmobilien von A - Z Bewertung - Modelle - Benchmarks und Beispiele

2. Aufl., Köln 2010
600 S., 98.00 €
Erscheinungstermin: 01.10.2010
ISBN 978-3-89817-875-4

CD-ROM mit Mustergutachten für Gesundheitsimmobilien, Handelsimmobilien, Infrastrukturbezogene Immobilien, Sondernutzungsformen. Für Ihre tägliche Praxis: aktuelle Infos, Checklisten, Beispielgutachten und Zusammenfassungen!

Sonder- oder Spezialimmobilien sind nicht täglicher Gegenstand der Wertermittlungs- und Entscheidungspraxis. Sie unterliegen spezifischen Besonderheiten, die Sie als Immobilienbewerter kennen müssen. Dieses Nachschlagewerk bietet Ihnen aktuelle und verlässliche Informationen zu den unterschiedlichsten Spezialimmobilien und ihren Herausforderungen. Sie finden fundierte Marktanalysen, Benchmarks sowie Darstellungen der baulichen Anforderungen und rechtlichen Besonderheiten, auf die Sie achten müssen. Das Werk ist einheitlich strukturiert, klar gegliedert und praxisorientiert aufbereitet. Die anzuwendenden Bewertungsmethoden werden erläutert und mit Grafiken und Beispielen veranschaulicht.

www.bundesanzeiger.de

Christian Sienz | Olrik A. Vogel
Inanspruchnahme des Bürgen im Falle der Wandelung eines Bauträgervertrags, (Anmerkung zu BGH, U. v. 08.12.2009 - XI ZR 181/08 -),
NJW 37/2010, 2703-2706

21. Gesundheit | Medizin | Lebensmittel

Legal Tribune ONLINE
Job. Wissen. Leben.

Apotheken-Bonussysteme: Arzneimittelpreisbindung statt Kundenbindung

Endkunden darf auf rezeptpflichtige Arzneimittel wegen der Preisbindung kein Rabatt gewährt werden. Einfallsreiche Apotheker und ausländische Versandapotheken versuchten die Preisbindung mit verschiedenen Bonussystemen zu umgehen. Ohne Erfolg – der BGH erklärte diese für unzulässig. Die Entscheidung zu ausländischen Versandapotheken steht weiter aus.

<http://www.lto.de/de/html/nachrichten/1412/BGH-Urteil%3A-Arzneimittelpreisbindung-statt-Kundenbindung/>

Ursula Klinger-Schindler

Gebührenordnung für Ärzte

GÖÄ-Kompakt Privatliquidation im Krankenhaus

Anwenderhandbuch

Reit im Winkl 2010

ca. 160 S.

Erscheinungstermin: Juni 2010

ISBN 978-3-936715-37-8 PB.

59.70 €

www.mediencompany.de

ÖSTERREICH
Gerson Kern (Hrsg.)

Arzt und Gewissen

Handlungspflicht versus Ablehnungsfreiheit

Juristische Schriftenreihe - Colloquium 18
Wien 2010

ISBN 978-3-7046-5399-4 PB
30.00

Medizinische Behandlungen bei limitierten Einwilligungen stellen Beteiligte im Arzt-Patienten-Verhältnis manchmal vor Probleme. Im vorliegenden Band konzentrieren sich die AutorInnen auf den Bereich der Entscheidungshoheit des Patienten über allfällige medizinische Eingriffe und Behandlungen und die damit im Zusammenhang auftretenden Konflikte. Diese manifestieren sich sowohl in ethischen Grundfragen (Selbstbestimmung, Menschenwürde, Bevormundung), Herausforderungen an das medizinische Personal (berufliches Selbstverständnis und Verantwortlichkeit) als auch in rechtlichen Fragestellungen. Der Band will eine Hilfe zur Auflösung der (scheinbaren) Unvereinbarkeiten im Interesse beider Seiten anbieten.

www.verlagoesterreich.at

Sabine Götz

Die Europäisierung des Berufsbildes und des Berufsrechts des Apothekers

(Schriften zur Rechtswissenschaft Bd. 66)
Universität Bayreuth, Diplomarbeit, 2010

Bayreuth : P.C.O.-Verlag, 2010

400 S.. 38.40 €
ISBN 978-3-941678-15-6 KART

Kein Rechtsgebiet ist in Deutschland ähnlich stark reglementiert wie das Apothekenrecht. Der Gesetzgeber schuf zur Gewährleistung einer geordneten Arzneimittelversorgung auf der einen Seite und

zur Sicherstellung eines ausreichenden Einkommens für den Apotheker auf der anderen Seite das Berufsbild des „Apothekers in seiner Apotheke“.

Die vorliegende Arbeit untersucht, wie sich das bereits in Deutschland selbst im Wandel begriffene Berufsbild des „Apothekers in seiner Apotheke“ im Zuge der nationalen, wettbewerbsorientierten Reformbestrebungen im Gesundheitssektor verändert und vor allem welchen Einfluss die Europäisierung, trotz der Bestätigung des deutschen Fremdbesitzverbotes durch den EuGH, auf diesen Wandel hat.

Nach der historischen Entwicklung des Apothekenrechts wird der unionsrechtliche Rahmen dargestellt. Sodann wird das Berufsbild des Apothekers in seiner Entwicklung in der Rechtsprechung und im Hinblick auf die freien Berufe erörtert. Im Anschluss erfolgt eine Diskussion, ob das Berufsbild des „Apothekers in seiner Apotheke“ in Deutschland im Wege der Gesetzesreformen unverändert fortbesteht, einen Wandel erfuhr oder schon komplett gekippt wurde, bevor vor diesem Hintergrund die Konsequenzen für den Arzneimittelversandhandel sowie das Mehr- und Fremdbesitzverbot geklärt und diese gesetzlichen Regelungen im Hinblick auf Vorgaben des Europa- und Verfassungsrechts kritisch beleuchtet werden.

Die Arbeit schließt mit rechtspolitischen Handlungsempfehlungen in Form eines Textentwurfs zur Reform des Apothekenrechts, der das von der Verfasserin hergeleitete neue Berufsbild des „pharmazeutisch unabhängigen sowie wettbewerbs- und serviceorientierten Apothekers in der Apotheke“ umsetzt.

www.pco-verlag.de

22. Medien | Telekommunikation | Post | Internet

Alexander Roßnagel

Elektronische Medien zwischen Exklusivität und Grundversorgung

Rechtliche Rahmenbedingungen,
technische Möglichkeiten,
wirtschaftliche Konzepte

Schriftenreihe des Instituts für Eu-
ropäisches Medienrecht, Bd. 39

Baden-Baden 2010
146 S., 38.00 €
ISBN 978-3-8329-5767-4

Die Medienordnung bewegt sich zwischen den Modellen von „Exklusivität“ und „Grundversorgung“ und muss kontinuierlich im Hinblick auf normative Setzungen und regulatorische Erfordernisse im politischen und gesellschaftlichen Diskurs überprüft werden.

Exklusive Angebote in den elektronischen Medien ermöglichen, Kunden zu gewinnen und zu binden sowie den Wert des Angebots zu erhöhen. Zugleich aber kann Exklusivität die Freiheit der Informationsgewinnung und der Meinungsbildung beeinträchtigen und die Voraussetzungen des informationellen Sozial- und Bildungsstaats gefährden. Sie kann den Wettbewerb beschränken und neuen Anbietern den Zutritt zum Markt verwehren. Die entscheidende Frage ist daher, wie die organisatorischen und regulatorischen Infrastrukturen für Neue Medien zu gestalten sind, um berechtigten wirtschaftlichen Interessen Raum zu geben, zugleich aber Wettbewerb und Chancengleichheit, Informations- und Meinungsfreiheit, sozialen Ausgleich und demokratische Beteiligung zu sichern.

Die vorliegend dokumentierte Tagung widmete sich der Suche nach Lösungen zu dieser Frage. Aus unterschiedlichen Perspektiven und mit dem Wissen verschiedener Disziplinen befassten sich jeweils ein Informatiker und ein Jurist mit der Frage, was „Exklusivität“ und „Grundversorgung“ in einer konvergenten Welt noch bedeuten können, und erörterten umfassend die erforderliche rechtliche und technische Gestaltung der Medienordnung. Die Stiftungstagung der Alcatel-Lucent Stiftung (zugleich EMR-Workshop)

ist Teil der Reihe jährlicher Tagungen „Allianz von Medienrecht und Informationstechnik“, die möglichst frühzeitige interdisziplinäre Problemdiskurse anstreben.

www.nomos.de

Sicher in die digitale Welt von morgen.

Call of Papers für den 12. Deutschen IT-Sicherheitskongress

10.-12.05.2011, Bonn

Mit über 500 Fachbesuchern (in 2009) ist der Deutsche IT-Sicherheitskongress, den das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) alle zwei Jahre veranstaltet, eine feste Größe im Veranstaltungskalender der IT-Sicherheitsbranche.

Drei Tage lang diskutieren Hersteller, Anwender und Dienstleister in Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft über den Stand der nationalen und internationalen Entwicklung zur IT-Sicherheit. Ziel des Kongresses ist es, das Thema IT-Sicherheit aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu beleuchten und Lösungsansätze vorzustellen und weiterzuentwickeln.

Für den Kongress 2011 ist das Call for Papers in neun Themenbereiche gegliedert:

- Neuer Personalausweis und Infrastruktur,
- Information Security Management,
- Staatlich gesicherte Systeme und Infrastruktur,
- Sicherheit in der Cloud und Virtualisierung,
- Sicherheit kritischer Prozesse und Anwendungen,
- Stärkung der Informationsgesellschaft, Aufklärung und Sensibilisierung,
- Cybersicherheit,
- Sicherheit und Mobilität,
- Netzwerksicherheit.

www.securitymanager.de

Michael Bertrams

Eingriff in die Unabhängigkeit der Dritten Gewalt durch Zentralisierung der IT-Organisation unter dem Dach der Exekutive (Nordrhein-Westfalen)

DRiZ 7-8/2010, 248-251

Matthias Knothe

(Rundfunk-) Staatsverträge - Faktische Gesetzgebung der Regierungen unter Ausschluss der Parlamente?

ZRP 6/2010, 181-184

Helmut Hoffmann

Die Entwicklung des Internet-Rechts bis Mitte 2010

NJW 37/2010, 2706-2712

Julia Gerhards

(Grund-)Recht auf Verschlüsselung?

Baden-Baden 2010

431 S., 98.00 €
ISBN 978-3-8329-5704-9

Die Wahrung der klassischen Schutzziele der IT-Sicherheit – nämlich Integrität und Vertraulichkeit von Daten – erfolgt technisch durch Verschlüsselung (Kryptographie). Angesichts einer zunehmenden Digitalisierung des Lebens und einem zunehmenden Einsatz von Verschlüsselung ergibt sich das sog. „Verschlüsselungsdilemma“: Weil Verschlüsselung hocheffektiv ist, werden traditionelle staatliche Überwachungsmethoden erschwert bzw. ausgeschlossen. Die Arbeit beantwortet daher die Frage, welche grundrechtliche Verankerung das Recht auf Verschlüsselung hat (status negativus) bzw. inwieweit der Einzelne einen Anspruch darauf hat, dass der Staat bei seiner digitalen Governance Verschlüsselung einsetzt (status positivus). Ausgehend von international durch Einzelstaaten verfolgten Strategien zum Umgang mit diesem „Verschlüsselungsdilemma“ werden paradigmatische Szenarien staatlicher Regelung von Verschlüsselung analysiert.

www.nomos-shop.de

23. Versicherung | Banken | Wertpapiere

VersicherungsForum

Rechtsfragen des Versicherungsvertriebs

06.10.2010, Köln

Rechtsfragen des Versicherungsvertriebs
Seit der Umsetzung der sog. Vermittler-richtlinie in deutsches Recht mit Wirkung zum 22. 05. 2007 sind nunmehr über drei Jahre vergangen. Man könnte meinen, dass mittlerweile alle Rechtsfragen des Versicherungsvertriebs geklärt sind. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Bereits durch die zahlreichen vertriebsrechtlich relevanten Änderungen im Zuge der VVG-Reform zum 01. 01. 2008 wurden neue Rechtsfragen aufgeworfen. Zwischenzeitlich ist eine Fülle von Literatur veröffentlicht worden, die der Rechtsprechung den Weg für erste Entscheidungen ebnet sollte. Solche Entscheidungen sind bislang aber vornehmlich von der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung zu gewerberechtigten Fragen der Versicherungsvermittlung verkündet worden.

Dieses Tagesseminar behandelt eine Auswahl offener Rechtsfragen des Versicherungsvertriebes und zeigt Zusammenhänge zwischen den einzelnen betroffenen Rechtsgebieten auf. Zu Beginn werden die jüngeren gewerberechtigten Entwicklungen sowohl aus Sicht der unmittelbar betroffenen Vermittler als auch aus Sicht der beteiligten Versicherer von Frau Dr. Mona Moraht, Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Bereichsleiterin Gewerberecht, erläutert. Sie hat die neuen gewerberechtigten Voraussetzungen vom ersten Tag an begleitet und berichtet über praktische Erfahrungen insbesondere bezüglich der Registrierungs- und Erlaubnispflicht von Versicherungsvermittlern und im Zusammenhang stehender Statusfragen. Gerade Letztere spielen sowohl für deren Tätigkeit als auch für die aufsichtsrechtlichen Vorgaben für Versicherer nach § 80 VAG eine besondere Rolle im Versicherungsvertrieb.

Prof. Dr. Günter Hirsch, Versicherungsombudsmann und Präsident des BGH a. D., wird über die Erfahrungen des Ombudsmanns über Vermittlerbeschwerden insbesondere hinsichtlich der Beratungs- und Dokumentationspflichten nach den §§ 6 und 59 ff. VVG berichten. Streitige Verfahren aus diesem Bereich sind bislang kaum bei der ordentlichen Gerichtsbarkeit angekommen, weshalb zu erwarten steht, dass die Erfahrungen des Ombudsmanns über Vermittlerbeschwerden gleichzeitig einen Ausblick auf die zu erwartenden Gerichtsverfahren darstellt. Achim Boeser, Konzernrechtsabteilung Gothaer Finanzholding AG, nimmt sich dem spannenden Thema von Onlineabschlussangeboten durch Versicherungsvermittler und damit in Zusammenhang stehenden Rechtsfragen an. Die Vertriebsform „Internet“ wird jedes Jahr beliebter, wobei nach wie vor viele Fragen, gerade hinsichtlich möglicher Beratungs- und Dokumentationspflichten, ungeklärt sind. Moderiert wird die Veranstaltung von Rechtsanwalt Bastian Finkel, der in den vergangenen Jahren zahlreiche Unternehmen in vertriebsrechtlich relevanten Fragen des Gewerbe-, Aufsichts- und Vertragsrecht beraten hat.

www.versicherungsforum.de

Marthe M. Stemper

Rechtliche Rahmenbedingungen des Ratings

Bank- und kapitalmarktrechtliche Schriften
des Instituts für Bankrecht Köln,
Bd. 35

Baden-Baden 2010
447 S., 112,00 €
Erscheinungstermin: September 2010
ISBN 978-3-8329-5894-7

www.nomos-shop.de

KG

Sind beide Unfallgegner bei demselben Versicherer haftpflichtversichert und erkennt der Versicherer die Ansprüche des einen durch Regulierung an, so folgt daraus kein Verzicht auf Gegenansprüche des anderen unfallbeteiligten Versicherungsnehmers zu dessen Lasten
B. v. 07.01.2010 - 12 U 20/09 -
VRS Bd. 119 1/2010, 21-25

Thomas **Lappe** | Axel **Stafflage**
Fairness Opinions im Transaktionsgeschäft
CFL 5/2010, 312-318

OLG Koblenz
Schadensminderungspflicht in der Rechtsschutzversicherung
B. v. 10.12.2009 - 10 U 475/09 -
mit Anmerkung Arno **Schubach**
VuR 8/2010, 315-316

Véronique Wagner
Die schuldhaftige Herbeiführung des Versicherungsfalles in der Schadensversicherung nach der VVG-Reform 2008, (Diss.), Karlsruhe 2010
Rezension Roland A. **Richter**
SVR 8/2010, 320

Günter **Hirsch**

Die Praxis des Versicherungsombudsmanns
VuR 8/2010, 298-302

OLG Hamm

Beratungs- und Dokumentationspflicht
des Versicherungsvermittlers in der
Fahrzeugversicherung
U. v. 04.12.2009 - 20 U 131/09 -
mit Anmerkung Christian **Becker**
VuR 8/2010, 314-315

Werner **Rügemer**

Bankster vor Gericht. Kollektive Unschuld
und systemische Kriminalität,
Blätter 8/2010, 72-84

Sebastian **Omlor**

Finanzierungsleasing unter der neuen
Verbraucherkreditrichtlinie,
NJW 37/2010, 2694-2700

24. Asylrecht | Ausländerrecht

Axel Bohmeyer, Lothar Krappmann,
Stefan Kurzke-Maasmeier, Andreas Lob-
Hüdepohl (Hrsg.)

Bildung für junge Flüchtlinge ein Menschenrecht

Erfahrungen, Grundlagen
und Perspektiven

Bielefeld 2009
324 S., 29,90 €
ISBN 978-3-7639-3547-5

Im Fokus dieses Buches stehen die Grundlagen sowie Perspektiven der Umsetzung des Menschenrechts auf Bildung für junge Flüchtlinge in Deutschland. Bildung stattet Menschen mit unverzichtbaren Kompetenzen aus und legt die sozialen und kulturellen Fundamente des Zusammenlebens. Nach den OECD-Bildungsstudien der vergangenen Jahre ist Deutschland aber noch weit von dem Ziel entfernt, benachteiligte Schülerinnen und Schüler in Deutschland ausreichend zu fördern und allen Kindern und Jugendlichen die gleichen Bildungschancen zu bieten. Dies gilt in besonderem Maße für jugendliche Flüchtlinge, die durch ihre schlechte wirtschaftliche Lage, aufenthaltsrechtliche Beschränkungen und psychosoziale Belastungen besonders unter mangelnden Bildungschancen leiden. Wissenschaftler und Praktiker plädieren in diesem Buch für eine Verbesserung der Situation von Kinderflüchtlingen im Bildungssystem sowie in anderen Lebensbereichen. Um die unterschiedlichen Implikationen des Rechts auf Bildung junger Flüchtlinge zu verdeutlichen, werden in diesem Buch biografische, sozialwissenschaftliche, ethische und auch rechtliche Facetten beleuchtet und anhand von Praxisbeispielen veranschaulicht.

Inhaltsverzeichnis

Sonja **Jogesic**

Von Zenica nach Chicago. Eine autobiografische Bildungsreise

Stefan **Kurzke**

Die Proviantmeisterin - Elizabeths Geschichte

Birgit **Behrensen** | Manuela **Westphal**
Junge Flüchtlinge - ein blinder Fleck in der
Migrations- und Bildungsforschung

Karin **Weiss**

Lebenslagen von jungen Flüchtlingen
in Deutschland

Monika **Treber**

Die Ressource Bildung in der Sozialen
Arbeit mit jungen Flüchtlingen

Birgit **Möller** | Hubertus **Mam**

Jenseits des Traumas: die Bedeutung
von (schulischer) Bildung aus
psychologischer und psychothera-
peutischer Perspektive

Georg **Auernheimer**

Bildung als Medium der Anerkennung -
Migration und Bildungsgerechtigkeit

Axel **Bohmeyer**

Das Menschenrecht auf Bildung: anthro-
pologisch-pädagogische Zugänge

Andreas **Lob-Hüdepohl**

Menschenrechte in Illegalität?! Theolo-
gisch-ethische Anmerkungen zu einem
neuzeitlichen Problem

Claudia **Lohrenscheit** | Mona **Motakef**

Bildung als universelles Menschenrecht-
Grundlagen und Forderungen

K. Peter **Fritzsche**

Menschenrechtsbildung als ein Schlüssel
zur Verwirklichung der Menschenrechte -
auch im Flüchtlingsschutz

Hendrik **Cremer**

Das Übereinkommen über die Rechte des
Kindes: seine Entstehungsgeschichte,
normative Kraft und Bedeutung mit Blick
auf Flüchtlingskinder und Bildung

Erich **Peter**

Das Recht des statuslosen Kindes
auf Bildung

Georg **Classen**

Arbeitserlaubnis und Ausbildungs-
förderung für Flüchtlinge

Donja **Amirpur**

Vorurteilsbewusste Erziehung - ein
Konzept auch für junge Flüchtlinge

Michael **Stenger**

Die Potenziale junger Flüchtlinge durch
schulische Förderung - die ScWoU-Schule

Heinz **Fronek**

Bildung und Integration von jungen Asyl-
suchenden in Österreich

Gabi **Klein**

Proben für den richtigen Auftritt im Leben

Wahiba **Megdad**

Den Einstieg in den Beruf erleichtern - das
Projekt KUMULUS

Doris **Kölsch**

Fit für die Zukunft

Maria **Böhmer**

Bildung für junge Flüchtlinge - politische
Herausforderungen

Kajo **Wasserhövel**

Möglichkeiten der Verbesserung von Bil-
dung und Beschäftigung junger Migranten

Mariene **Rupprecht**

Bildung als Kinderrecht - nicht für junge
Flüchtlinge?

Georg **Kardinal Sterzinsky**

"Da stand Josef in der Nacht auf und floh
mit dem Kind und dessen Mutter nach
Ägypten" (Mt 2,14).

Stephan **Reimers**

"Wer ein solches Kind in meinem Namen
aufnimmt"... (Mk. 9,35-37)

Lothar **Krappmann**

Die Arbeit des UN-Ausschusses für die
Rechte des Kindes und die Umsetzung
des
Kinderrechts auf Bildung in Deutschland

Jörg **Maywald**

Zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskon-
vention in Deutschland im Bereich des
Schulwesens

24. Asylrecht | Ausländerrecht

Albert **Riedelsheimer**

Das Recht auf Bildung für junge Flüchtlinge

Uta **Rieger**

“Best Interests of the Child”: Die UNHCR-Richtlinien und das Recht auf Bildung

Antonie **Curtius**

UNESCO-Priorität “Education for All”

Kerstin **Bücker**

Bildung für Kinder in Not. Ausgewählte Projekte von UNICEF

Rita **Süssmuth**

Bildung für alle - die Diskrepanz zwischen Recht und Realität

www.wbv.de

BVerfG

Grundrechte: Auslieferung von Ausländern: Auslieferung bei drohender lebenslanger Freiheitsstrafe

B. v. 16.01.2010 - 2 BvR 2299/09 -

mit Anm. Michael **Sachs**

JuS 9/2010, 839-840

OLG Düsseldorf

Unterbliebene Übersetzung der Anklageschrift für einen der deutschen Sprache nicht mächtigen Angeklagten

B. v. 06.05.2010 - 2 Ss 45/10 -

StV 9/2010, 512

LG Ulm

Anrechnung von Auslieferungshaft in Weißrußland

U. v. 12.05.2010 - 1 KLs 14 JS 24481/07

(LS)

StV 9/2010, 527

VG Oldenburg

Abschiebungsverbot wegen PTBS nach sexuellen und gegen Familienangehörige gerichteten Gewalterfahrungen in die Russische Föderation

U. v. 17.03.2009 - 1 A 1823/07 -

Streit 2/2010, 91-92

Zaimoglu, Feridun

“Ich nenne das die große soziale Depression”. Feridun Zaimoglu über Sprachverweigerung von Migranten,

WZBM 128/2010, 42-43

25. Europa | Europarecht

Ingolf Pernice | Lars S. Otto (Hrsg.)

Europa neu verfasst ohne Verfassung

Chancen und Bedeutung des Vertrags
von Lissabon

Schriftenreihe Europäisches Verfassungs-
recht, Bd. 32

Baden-Baden 2010
100 S., 24.00 €
ISBN 978-3-8329-5176-4

Inhaltsverzeichnis

Ingolf **Pernice** | Lars S. **Otto**

Vorwort

Jo Leinen

Der Vertrag von Lissabon – Durchbruch
für Europa

Hans-Jürgen **Papier**

Europas neue Nüchternheit: Der Vertrag
von Lissabon

Bernard **Kouchner**

Wozu Europa?

Meglana **Kuneva**

Treaty of Lisbon. Revision of the Consum-
er Acquis and Consumer Redress

Günther **Krichbaum**

Der Vertrag von Lissabon: Ein guter Weg
in unsere gemeinsame Zukunft

Olivier **Beaud**

Europa als Föderation? Relevanz und
Bedeutung einer Bundeslehre für die
Europäische Union

Elmar **Brok**

Die Zukunft von Lissabon nach dem
Desaster von Dublin

www.nomos.de

Anne-Christin **Mittwoch**

Die Vereinheitlichung des Privatrechts in
Europa - auf dem Weg zu einem Eu-
ropäischen Zivilgesetzbuch?

JuS 9/2010, 767-771

Norbert Pelzer (Hrsg.)

Europäisches Atomhaftungsrecht im Umbruch

Regionaltagung der AIDN/INLA e.V. 2009

Baden-Baden 2010
300 S., 69.00 €
ISBN 978-3-8329-5281-5

Der Tagungsband enthält die Referate
und Diskussionsberichte einer inter-
nationalen Veranstaltung, die sich erst-
mals mit derzeit hochaktuellen Problemen
des europäischen Atomhaftungsrechts
beschäftigt.

Das europäische Atomhaftungsrecht
besteht aus einem „Flickenteppich“ von
Normen unterschiedlicher Herkunft. Eine
Reihe von Staaten ist Vertragspartei des
Pariser Atomhaftungsübereinkommens,
andere europäische Staaten gehören dem
Wiener Atomhaftungsübereinkommen an.
Eine dritte Gruppe hält diese Übereinkom-
men für unzulänglich und wendet auf
die Entschädigung nuklearen Schadens
ihr innerstaatliches allgemeines außerver-
tragliches Schadensersatzrecht an. Ein
weiterer Staat hat ein spezielles nationales
Atomhaftungsgesetz erlassen, das in wes-
entlichen Punkten zu den Grundsätzen
der Atomhaftungsübereinkommen im
Widerspruch steht. Bei einem größeren
nuklearen Unfall mit grenzüberschrei-
tenden Schäden würde diese Rechtslage
Schadensersatzleistungen erheblich ersch-
weren. Die Haftungsübereinkommen
wurden in jüngerer Zeit grundlegend mit
dem Ziel einer Verbesserung des Opfer-
schutzes revidiert. Die Vertragsstaaten der
Übereinkommen sind derzeit dabei, die
Neufassungen zu ratifizieren. Zeitgleich
hat die Kommission der EU eine Initiative
gestartet, die wohl darauf abzielen dürfte,
das Atomhaftungsrecht innerhalb der
EU-Mitgliedsstaaten zu vereinheitlichen.
Schließlich drängen die USA weltweit
Staaten, dem Übereinkommen von 1997
über ergänzende Entschädigung für nuk-
learen Schaden beizutreten, dem bisher
mit einer Ausnahme kein europäischer
Staat angehört.

Die mit dieser unbefriedigenden Rechts-
lage zusammenhängenden Probleme
des nationalen und des internationalen
Rechts mit Einschluss des Internationalen
Privatrechts wurden auf der Tagung in
zwei Arbeitssitzungen von Experten aus
zahlreichen europäischen und nichteur-
opäischen Ländern vorgetragen und disku-
tiert. Der Band bietet so eine umfassende
Übersicht über ein besonders reizvolles
Rechtsgebiet.

Inhaltsverzeichnis

Norbert **Pelzer**

Überlegungen zu Haftungsgrundlagen und
Schadenszurechnung im Atomhaftungs-
recht. Eröffnung durch den Tagungsleiter
und Vorsitzenden der Deutschen Landes-
gruppe der AIDN/INLA e. V.

Stanley D. **Berger**

Update on Canadian Nuclear Liability
and the Themes for Nuclear Inter Jura
2009. Grußansprache des Präsidenten der
AIDN/INLA

Günther **Kühne**

Entwicklungslinien des Atomrechts – Fün-
fzig Jahre deutsches Atomgesetz

Horst **Schneider** | Isabell Christin **Koch**

Stand und Notwendigkeit der Ratifizierung
der Protokolle zur Revision der interna-
tionalen Atomhaftungsübereinkommen
Status of, and the Need for, the Ratifica-
tion of the Revised International Nuclear
Liability Conventions

Julia A. **Schwartz**

Great Expectations: Where Do We Stand
with the Revised Nuclear Liability Conven-
tions?

Fabrizio **Iaccarino**

Recent Developments and Aspects of
Nuclear Liability Law in Italy

Roh **Hathlia**

The 2004 Paris Convention – The Issue
of Third Party Nuclear Liability Insurance
and a Methodology for Calculating the
Premium for Environmental Heads of
Damages: A UK Perspective

25. Europa | Europarecht

Regis Mahieu

The Impact of the New Nuclear Liability Regime on Nuclear Transport

Patrick Reyners

Liability Problems Associated with the Current Patchwork Nuclear. Liability Regime within the EU Member States

Ulrich Magnus

Jurisdiction and Enforcement of Judgments under the Current Nuclear. Liability Regimes within the EU Member States

Jakub Handrlica

Aktuelle Entwicklungen des Atomhaftungsrechts in der Tschechischen Republik und in der Slowakischen Republik

Isabell Christin Koch

Diskussionsbericht / Report of Discussion

Norbert Pelzer | Jakub Handrlica

Die EU Initiative zur Harmonisierung des Atomhaftungsrechts innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten. The EU Initiative to Harmonise Nuclear Liability Law within the EU Member States

Evelyne Ameye

Legal Study on Nuclear Third Party Liability for DG TREN of the European Commission

Nils Hellberg

Umweltschadensersatz dargestellt an der Umwelthaftungsrichtlinie, dem Umwelthaftungsgesetz und der Umweltschadensversicherung

Eliana Danzi

Some Reflections on the Exclusion of Nuclear Damage from the Scope of Application of the Environmental Liability Directive

Vanda Lamm

The Unification of Nuclear Liability Law within the EU Member States from the Viewpoint of a Party to the Vienna Convention

Monika Hinteregger

Die Vereinheitlichung des Atomhaftungsrechts innerhalb der EU aus der Sicht Österreichs

Vlad Chiripus

Romania's Role in a Future Unified European Nuclear Liability Regime – Problems and Possible Conflicts

Dirk Harbrücker

Trägt eine EU-weite Haftungsharmonisierung zur Verbesserung der nuklearen Deckungskapazitäten bei? - Überblick über die Versicherungskapazitäten in den EU-Staaten

Florence Touitou-Durand

The Convention on Supplementary Compensation for Nuclear Damage: A Solution for Europe?

Jakub Handrlica

Diskussionsbericht / Report of Discussion

-

Teilnehmerverzeichnis / List of Participants

www.nomos.de

Peter Schneiderhan

Die Unabhängigkeit der Justiz als Verteidigungslinie gegen politisch motivierte Einflussnahme auf das Strafrechtssystem - die Resolution der parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 30.09.2009

DRiZ 7-8/2010, 251-254

Andreas Walus

Europäischer Katastrophenschutz: Möglichkeiten und Grenzen im Lichte des Vertrags von Lissabon

EuR 4/2010, 564-572

26. Internationales Recht

Rudolf Geiger

Grundgesetz und Völkerrecht mit Europarecht

Die Bezüge des Staatsrechts
zum Völkerrecht und Europarecht

5. Aufl., München 2010

380 S., 30.00 €

Erscheinungstermin: September 2010

ISBN 978-3-406-60602-1

Zum Werk

Das Lehrbuch stellt die völker- und europarechtlichen Bezüge zum deutschen Staatsrecht dar. Es behandelt das Ineinandergreifen des internationalen und des deutschen Rechts dar und gibt zugleich einen systematischen Überblick über die Probleme, die sich beim Aufeinandertreffen der verschiedenen Rechtsordnungen stellen. Damit deckt es den Pflichtfachstoff der juristischen Vorlesung "Staatsrecht III" ab.

Inhalt

- Grundlegung
- Das Recht der Völkerrechtssubjekte und die völkerrechtliche Lage Deutschlands
- Völkerrechtliche Rechtserzeugung und Verfassungsrecht
- Die Einwirkung von Völkerrecht in den innerstaatlichen Bereich der Bundesrepublik Deutschland
- Die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die Europäische Gemeinschaft
- Die völkerrechtlichen Kompetenzbereiche der Staaten
- Das Recht der diplomatischen und konsularischen Beziehungen
- Die Grundprinzipien des Völkerrechts für das friedliche Zusammenleben der Staaten und ihre Sicherung im Recht der Bundesrepublik Deutschland

Zur Neuauflage

Für die Neuauflage hat der Autor das Werk durchgehend überarbeitet und

aktualisiert. Dabei ist das Lehrbuch insgesamt auf den Stand des Vertrages von Lissabon gebracht worden.

Zielgruppe

Für Studenten, Richter, Rechtsanwälte, Rechtswissenschaftler, Politologen, Journalisten.

www.beck-shop.de

Frederik Hanke

Das Internationale Gesellschaftsrecht im Lichte völkerrechtlicher Vereinbarungen

Auswirkungen von Anerkennung,
Inländerbehandlung
und Meistbegünstigung
auf die Bestimmung
des Gesellschaftsstatuts

Schriftenreihe des Europa-Kollegs
Hamburg zur Integrationsforschung
Bd. 64

Baden-Baden 2010

286 S., 69.00 €

ISBN 978-3-8329-5669-1

Das Internationale Gesellschaftsrecht gleicht einem „Flickenteppich“ mit einem bunten Muster von staatsvertraglich bedingten Anknüpfungen. Dieses Buch zeigt in dem Muster die Strukturen auf und leitet daraus den status quo der staatsvertraglichen Verpflichtungen zur Anknüpfung nach der Gründungstheorie ab. Damit leistet es nicht nur einen Beitrag zur Ermittlung der gegenwärtigen Rechtslage, sondern ermöglicht auch, das „steckengebliebene“ Reformvorhaben von der Perspektive der bestehenden Verpflichtungen aus neu zu bewerten. Methodisch wird diese Perspektive erreicht, indem zunächst sämtliche deutsche Staatsverträge dargestellt werden, die für ihre Zwecke einen von der Sitztheorie abweichenden Begriff der Gesellschaften aufweisen.

Sodann wird untersucht, ob es den Gesellschaften im Sinne dieser Staatsverträge erlaubt ist, sich auch außerhalb

der staatsvertraglichen Materie auf ihr Gründungsstatut zu berufen. Ein solches Recht kann sich primär aus Niederlassungsfreiheit und Anerkennung ergeben. Sind erst einmal bestimmte Gesellschaften berechtigt, sich auf eine Anknüpfung nach der Gründungstheorie zu berufen, so steht dieses Recht auch meistbegünstigten Gesellschaften zu.

www.nomos-shop.de

Clemens A. **Feinäugle**

Individualrechtsschutz gegen Terroristenlistung? Ein kritischer Blick auf die "Ombudsperson" in der neuen Resolution 1904 (2009) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen

ZRP 6/2010, 188-190

Hans-Niklas **von Götz**

Kann aus Afghanistan ein Rechtsstaat werden?

ZRP 6/2010, 193-194

Jürgen **Habermas**

Das utopische Gefälle. Das Konzept der Menschenwürde und die realistische Utopie der Menschenrechte

Blätter 8/2010, 43-53

Mike **Falke**

Kohärenz und Nachhaltigkeit. Die zukünftigen Leitbilder der deutschen internationalen Rechtsstaatsförderung?

RuP 3/2010, 164-171

Volker Epping

Hans-Joachim Heintze (Hrsg.)

Schaffung geordneter Staatlichkeit nach bewaffneten Konflikten. (SR: Reihe Völkerrecht, Europarecht, Staatsrecht, Bd. 45), Köln 2009

Rezension: Andreas **Zimmer**

RuP 3/2010, 188-189

Klaus Hüfner

UNESCO und Menschenrechte. (SR: Politikwissenschaft, Bd. 3), Berlin 2007

Rezension: Hendrik **Wassermann**

RuP 3/2010, 190-191

27. Politik | Geschichte | Philosophie | Soziologie

Hans-Jürgen Krysmanski

Hirten & Wölfe

Die Geld- und Machteliten
sich die Welt aneignen

2. Aufl. Münster 2009
312 S., 29,90 €
ISBN 978-3-89691-602-0

Das Interesse an den Reichen und Mächtigen dieser Welt wächst, je mehr Globalisierung und Privatisierung Hand in Hand gehen. Dennoch sind die Oberschichten - längst die wichtigsten Geldgeber und 'Kunden' - von den Sozialwissenschaften immer noch weitgehend unerforscht. Andererseits gibt es in den USA seit dem 19. Jahrhundert eine Tradition der kritischen Beobachtung der Machenschaften 'derer da oben'. Im Zusammenhang mit den Aktivitäten der Bush-Administration und den Diskussionen um ein amerikanisches Imperium nimmt diese Form der Herrschaftsstrukturforschung einen neuen Aufschwung und regt WissenschaftlerInnen und JournalistInnen in vielen Ländern zu eigenen Recherchen an. Fast schon ist es eine intellektuelle Graswurzelbewegung. Das Buch breitet Ergebnisse dieser Forschungen des Power Structure Research aus. Es ist zugleich Werkstattbericht, Ressource und Aufforderung, sich selbst an dieser Bewegung zu beteiligen.

www.dampfboot-verlag.de

Werner Frotscher | Bodo Pieroth

Verfassungsgeschichte

9. Aufl., München 2010
460 S., 22,00 €
ISBN 978-3-406-60951-0

Die Verfassungsgeschichte befasst sich nicht nur mit den historischen Strukturen des Staatswesens, sondern ist auch häufig genug Schlüssel zum Verständnis des geltenden Verfassungsrechts, das auf den Erfahrungen bisheriger Staatsformen aufbaut. Sie gehört daher zum Pflichtprogramm des Jura-Studiums.

Der vorliegende Grundriss konzentriert sich auf die Vermittlung der verfassungsgeschichtlichen Zusammenhänge, die für das Verständnis des in der Bundesrepublik Deutschland bestehenden, den Grundrechten und der Demokratie verpflichteten Staatswesens unerlässlich sind. Die Darstellung beginnt daher mit der Entstehung des modernen Verfassungsrechts in den USA und in Frankreich, zeichnet seinen Einfluss auf die deutschen Staaten nach, behandelt den nationalsozialistischen Staat, der als großer Rückschlag der Verfassungsentwicklung dennoch die durch das Grundgesetz begründete Verfassungsordnung mitbestimmt hat.

www.beck-shop.de

Jos C. N. Raadschelders
Erk Volkmar Heyen (Hrsg.)
Staat und Kirche in Westeuropa in
verwaltungshistorischer Perspektive.
(SR: Jahrbuch für Europäische Verwaltungsgeschichte, Bd. 14), Baden-Baden
2002

Rezension Christoph **Stumpf**
ZevKR 3/2010, 310-313

Dieter Gosewinkel | Johannes Masing
Andreas Würschinger (Hrsg.)
Die Verfassungen in Europa 1789-1949,
Wissenschaftliche Textedition unter
Einschluss sämtlicher Änderungen und
Ergänzungen sowie mit Dokumenten aus
der englischen und amerikanischen Ver-
fassungsgeschichte, München 2006
Rezension Axel **von Campenhausen**
ZevKR 3/2010, 314-315

Andreas Grimmel | Cord Jakobeit (Hrsg.)
Politische Theorien der Europäischen
Integration - Ein Text- und Lehrbuch,
Wiesbaden 2009
Rezension Armin **Hatje**
EuR 4/2010, 580-581

Heike Jung | Julien Walther
Gesine Bauknecht | Lieselotte Lüdicke

Das französische Strafgesetzbuch

Code pénal

In Kraft getreten am 1. März 1994

Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts
für ausländisches und internationales
Strafrecht
Reihe G: Sammlung ausländischer Straf-
gesetzbücher in deutscher Übersetzung,
Bd. 121

2. Aufl., Berlin 2010
492 S., 60,00 €
ISBN 978-3-428-13277-5

Seit dem 1. März 1994 ist das neue französische Strafgesetzbuch, der nouveau Code pénal, in Kraft. Er löste den Code pénal von 1810 ab, der ein Teilstück jenes für die europäische Gesetzgebungsgeschichte so bedeutsamen Napoleonischen Kodifikationswerks war. Mit der 1999 erschienenen Übersetzung wurde ein Gesetzeswerk in deutscher Sprache zugänglich gemacht, das in einer großen Tradition steht und dessen Durchsetzungsvermögen im Prozess der Gestaltung des europäischen Strafrechts nicht unterschätzt werden darf.

Inzwischen hat auch der nouveau Code pénal zahlreiche Änderungen und Ergänzungen erfahren, die eine Aktualisierung der seit Langem vergriffenen 1. Auflage notwendig machten. Die hier vorliegende 2. Auflage erscheint genau zehn Jahre nach der ersten und gibt den Stand vom 1. Juni 2009 wieder.

Dem zweisprachigen Gesetzestext geht eine detaillierte Einführung voraus, die eine Übersicht über die Struktur des Gesetzes gibt, strafrechtsdogmatische Grundfragen anschnidet sowie Anmerkungen zu Sanktionen, Strafzumessung und den wichtigsten neuen Straftatbeständen macht. Eine Liste mit Literaturtiteln vervollständigt die Information.

www.duncker-humblot.de

28. Wirtschaftswissenschaften

Wolf D. Hoffmann
Norbert Lüdenbach (Hrsg.)

NWB Kommentar Bilanzierung Handels- und Steuerrecht

2. Aufl., Herne 2010
2300 S., 198.00 €
Erscheinungstermin: Dezember 2010
ISBN 978-3-482-59372-7

Der umfassende Kommentar zur HGB-Bilanzierung nach BilMoG mit Steuerbilanz und Sofort-Zugriff auf die Online-Version!

Der NWB Kommentar Bilanzierung ist eine zuverlässige Informationsquelle, um nach BilMoG sicher zu entscheiden und zu bilanzieren. Er liefert Ihnen topaktuell Praxiskomentierungen der HGB-Paragrafen (§§ 238-342 e HGB) unter ausführlicher Berücksichtigung der Steuerbilanz.

Die Autoren Prof. Dr. Wolf-Dieter Hoffmann und Dr. Norbert Lüdenbach garantieren eine Kommentierung aus einem Guss. Sie sind meinungsstark und meinungsfreudig und bieten Ihnen praxiserprobte Anwenderfreundlichkeit durch

- unzählige Beispiele und Buchungssätze mit direkt einsetzbaren Lösungen,
- konkrete Handlungsempfehlungen für sichere Entscheidungen,
- laufend nützliche Querverweise,
- anwenderfreundliche ABC-Register und die
- übersichtliche tabellarische Auflistung der Rechtsprechung.

Inklusive Online-Version in der NWB Datenbank! Mit Booklet für die Erläuterungen zur Online-Fassung.

Aus dem Inhalt:
Kommentierung 3. Buch HGB nach BilMoG. Unter Berücksichtigung des Bilanzsteuerrechts. Verweise auf IFRS. Für jeden Paragraphen Gesetzestext, weiterführende Literatur und ausführliche Kommentierung.

www.nwb.de

Bernd Schmidt

Compliance in Kapitalgesellschaften

Nomos Universitätschriften Recht,
Bd. 691

Baden-Baden 2010
275 S., 69.00 €
ISBN 978-3-8329-5832-9

Als haftungsbewehrte Pflicht bedeutet Compliance für das Management von Kapitalgesellschaften, Legalität der unternehmerischen Tätigkeit insgesamt und der Handlungen der Unternehmensangehörigen sicherzustellen. Hierfür ist eine Überprüfung der Unternehmensorganisation auf ihre Legalität und die Ergreifung von Maßnahmen der Compliance-Organisation erforderlich. "Compliance in Kapitalgesellschaften" klärt die dogmatischen Grundlagen von Compliance-Pflichten in Kapitalgesellschaften, zeigt praxisnahe Lösungswege zur Beherrschung von Compliance-Anforderungen auf und versteht sich damit als wissenschaftlich fundiertes Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis.

www.nomos-shop.de

ÖSTERREICH

Andreas Lutz

Businessplan

Für Gründungszuschuss, Einstiegsgeld-
und andere Existenzgründer

4. Aufl., Wien 2010
192 S., 14.90 €
ISBN 978-3-7093-0309-2

Businessplan-Ratgeber für Kleinunternehmer!

In diesen Erfolgstitel hat der Autor sämtliche Neuerungen eingearbeitet, die bei der Erstellung eines Businessplans nach aktueller Gesetzeslage berücksichtigt werden müssen. Mit zahlreichen Beispielen aus der Gründer-Realität, mit konkreten Eckwerten und Faustregeln für Kosten- und Umsatzplanung macht

Andreas Lutz Mut und führt auf direktem Weg zu einem realistischen Businessplan. Alle Zahlenbeispiele und der Textteil im Buch wurden überarbeitet und an den ergänzenden Ratgeber "Businessplan-Mappe" angepasst.

Aktuell in 4. Auflage

- Anpassung an die neueste Rechtslage, aktuelle Zahlen und Rechenbeispiele
- Erklärt die besonderen Anforderungen für die Beantragung von Fördergeldern
- Optimal ausgerichtet auf die Anforderungen von Einzelgründern

www.lindeverlag.at

Bernhard Madörin

Die neue Rechnungslegung und erste Erfahrungen mit der Revisionsaufsichtsbehörde

Bern 2010
230 S., 44.30 €
ISBN 978-3-7272-8746-6

Das Buch dient der Einführung in das neue Rechnungslegungsrecht mit dem Ziel, anhand der Gegenüberstellung des neuen Gesetzestextes mit der Botschaft einen ersten Überblick zu schaffen. Des Weiteren beinhaltet das Buch als Exkurs die ersten Erfahrungen des Autors mit der Revisionsaufsichtsbehörde.

www.staempfliverlag.com

Daniel Weinert

Das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz Der Wegfall der umgekehrten Maßgeblichkeit

Hamburg 2010
76 S., 38.00 €
ISBN 978-3-8366-9312-7

www.diplomica-verlag.de

29. Sonstiges

Arbeitsgemeinschaft Sportrecht DAV

Brennpunkte des Sportrechts

Hamburg, 1./2.10.2010

- Neuordnung der Spielervermittlung in Europa
- Ausländerklauseln im Amateur- und Profisport
- Sportvermarktung und jüngste Rechtsprechung
- Das Ad-hoc-Schiedsgericht tagt: Zum Startrecht beim Olympischen Bobwettkampf

www.sportrecht-dav.de

Helga Blasius

Sport- und arzneimittelrechtliche Doping-Verbote

DRiZ 7-8/2010, 240-244

Rudolf Gerhardt

Der Triumph der Gerechtigkeit, Baden-Baden 2009, ISBN 978-3-8329-5302-7

Rezension Rainer Voss

DRiZ 7-8/2010, 260

Jana Kittelmann

Jenseits von Arkadien. Bücher über Gärten und Politik, (Rezension: Susanna Brogi, Der Tiergarten in Berlin - ein Ort der Geschichte: eine kultur- und literaturhistorische Untersuchung, Würzburg 2010; Brita Reimers (Hrsg.), Gärten und Politik. Vom Kultivieren der Erde, München 2010),

NG/FH 7-8/2010, 104-106

SCHWEIZ

Markus Müller-Chen

Grundlagen und ausgewählte Fragen des Kunstrechts,

ZSchwR II 1/2010, 5-125

Brigitte Pfändler-Oling

Die verfassungsrechtliche Grundlage der Kulturförderung im Bund

Kulturbegriff, Art. 69 BV
im Verfassungszusammenhang

Basler Studien zur Rechtswissenschaft

Bd. 81

Basel 2010

240 S., 46,00 €

ISBN 978-3-7190-3005-6

Mit dem neuen – in der Totalrevision der Verfassung von 1999 eingebrachten – Art. 69 BV ‚Kultur‘ und der daran anschließenden gesetzlichen Umsetzung im Kulturförderungsgesetz (KFG) wurde die Kulturförderung zu einem viel diskutierten Thema. Aber was in diesem Zusammenhang unter Kultur zu verstehen ist, bleibt unklar.

Die vorliegende Dissertation setzt sich im ersten Teil anhand ausgewählter juristischer und nicht juristischer Definitionen ausführlich mit der Klärung des Kulturbegriffs auseinander, gefolgt von einer Bestandsaufnahme der Situation in Bund, Kantonen und Gemeinden sowie einem Blick ins Völkerrecht. Es wird ein eigenes Begriffsmodell vorgestellt, das als Grundlage für das Aufgabengebiet der Kulturförderung und die dazugehörigen Gesetze einen wertvollen Beitrag leistet. Im Anschluss werden die Begriffe ‚Kulturförderung‘ und ‚Bewahrung des kulturellen Erbes‘ geklärt sowie dargelegt, welche Bereiche zum Gebiet der Kulturpolitik im eigentlichen Sinne zählen. Ausserdem wird der Regelungsgehalt von Art. 69 BV umrissen.

Der letzte Teil der Arbeit beschäftigt sich mit der Kulturverfassung als Ganzes. Ziel ist eine fassbare Gliederung, welche aus den Erkenntnissen der zuvor angestellten Ausführungen gewonnen wird. Näher betrachtet werden sodann die einzelnen Artikel der Kulturförderungsverfassung im Speziellen und ihr Verhältnis zueinander.

www.helbing-shop.ch

Rainer Hüttemann | Peter Rawert

Karsten Schmidt

Birgit Weitemeyer (Hrsg.)

Non Profit Law Yearbook 2009

Das Jahrbuch
des Instituts für Stiftungsrecht und Recht
der Non-Profit-Organisationen

Köln 2010

292 S., 82,00 €

ISBN 978-3-452-27362-8

Das Non Profit Law Yearbook bietet in jährlicher Folge ein Diskussionsforum für aktuelle Fragen des Rechts der gemeinnützigen Organisationen. Neben grundsätzlichen Abhandlungen enthält es Rechtsprechungs- und Gesetzgebungsübersichten sowie eine Bibliographie des jeweiligen Jahres. Alle Abhandlungen sind mit Zusammenfassungen in englischer Sprache versehen.

www.heymanns.com

Legal Tribune ONLINE

Job. Wissen. Leben.

Nach den EuGH-Entscheidungen: Zeitungsrenten über das Ende des Glücksspielmonopols

Nach den Entscheidungen des EuGH verkündete die deutsche Presse am Mittwoch das Ende des deutschen Glücksspielmonopols. Nicht nur verfrüht, sondern auch zu Unrecht, meint Dr. Manfred Hecker. In seinem Kommentar verweist er darauf, dass die Prüfung der Sach- und Rechtslage den Verwaltungsgerichten obliegt – und noch lange nicht beendet ist.

<http://www.lto.de/de/html/nachrichten/1424/Zeitungsrenten-ueber-das-Ende-des-Gluecksspielmonopols/>

Impressum

Herausgeber des Zeitschriften-
Inhaltsdienstes (ZID) sind:

Kuselit Verlag GmbH
Geschäftsführung
Ulrike Metzger | Gerd Schliebe
Leidsthaler Hub 2
66871 Etschberg
Tel. 06383 927972
Handelsregister
AG Kusel HRB 21631
USt-IdNr. DE 193667170
www.kuselit.de
email: verlag@kuselit.de

und

jurmatix GbR
Ralph Hecksteden | Marc Luuk
Auf dem Stümpfchen 29
66564 Ottweiler
www.jurmatix.de
email: info@jurmatix.de

Der ZID erscheint wöchentlich und dient der schnellen Information über neue juristische Periodika. Hierzu werden bibliographische Daten ausgewiesen und nach sachgerechten Kriterien sortiert.

Die den ZID ergänzenden Informationen bestehen aus Buch- und Veranstaltungshinweisen, Pressemitteilungen, Rezensionen und weiteren Beiträgen, die in Zusammenhang mit den jeweiligen Sachgebieten stehen. Die durch die Informationen vermittelten Ansichten und Meinungen stellen nicht in allen Fällen die Meinung der Herausgeber dar. Eine Haftung – insbesondere für Preisangaben und Lieferbarkeiten Dritter – übernehmen die Herausgeber ebenfalls nicht. Die Zusendung von Beiträgen ist erwünscht. Den Abdruck behalten wir uns vor.

Der ZID ist kostenlos.

ZEITSCHRIFTENLISTE - NACH SACHGRUPPEN

Die **Farbbalken** (Sachgebiete) sind mit LINKS versehen, die Sie direkt zu den Inhaltsverzeichnissen der Sachgruppen führen !

ZEITSCHRIFTENLISTE - ALPHABETISCH

Abkürzungen und Titel sind mit LINKS versehen, die Sie direkt zu den Inhaltsverzeichnissen der Sachgruppen führen !

REZENSIONSANGEBOTE

Mark von Wietersheim (Hrsg.)
Bauvertragsrecht nach BGB und VOB/B
Praxiskommentar zum gesamten BGB-Werkvertragsrecht, BGB-Kaufrecht und der VOB/B
Köln 2010

734 S., 64,- €
ISBN 978-3-89817-874-7

--

Tobias Fröschle (Hrsg.)
Praxiskommentar Betreuungs- und Unterbringungsverfahren
FamFG – KostO – RpflG – BtBG
Köln 2010

774 S., 64,- €
ISBN 978-3-89817-733-7

--

Ernst Becht | Simon Markus Beck
Zivilprozessrecht im Assessorexamen
Schriftenreihe der Juristischen Schulung, Bd. 128
3. Aufl., München 2010

316 S., 27,80 €
ISBN 978-3-406-56138-2

--

Horst Marburger
Die Gesetzliche Rentenversicherung
2. Aufl., Stuttgart 2010

112 S., 12,80 €
Das Recht der Wirtschaft, Bd. 228
ISBN 978-3-415-04506-4

--

ZEITSCHRIFTENLISTE - NACH SACHGRUPPEN - 36. Kalenderwoche

Die **Farbbalken** (Sachgebiete) sind mit LINKS versehen, die Sie direkt zu der Liste der Inhaltsverzeichnissen führen!

1. Jur. Professionen | Kanzlei | Beratung | Kosten

AG/KOMPAKT	Anwaltsgebühren kompakt - Infodienst für Mitarbeiter	8/2010	www.anwaltverlag.de
AGS	Anwalts Gebühren Spezial - Zeitschrift für das gesamte Gebührenrecht und Anwaltsmanagement	8/2010	www.anwaltverlag.de
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift Verkündungsblatt der Bundesnotarkammer	8/2010	www.beck.de
DRiZ	Deutsche Richterzeitung Organ des Deutschen Richterbundes Bund der Richter und Staatsanwälte in der Bundesrepublik Deutschland e.V.	7-8/2010	www.heymanns.com
KP	Kanzleiführung professionell - Aktives Kanzleimanagement - Honorarpolitik - Gebührenrecht des Steuerberaters	9/2010	www.iww.de
MittBayNot	Mitteilungen des bayerischen Notarvereins, der Notarkasse und der Landesnotarkammer Bayern -	5/2010	http://www.notare.bayern.de
ZNotP	Zeitschrift für die NotarPraxis -	9/2010	www.zap-verlag.de

2. Recht: Allgemein

EBE/BGH	Eildienst Bundesgerichtliche Entscheidungen - BGH Mit Beilage Leitsatzübersicht BGH	35/2010	www.boorberg.de
JA	Juristische Arbeitsblätter Zeitschrift für Studenten und Referendare	8-9/2010	www.luchterhand.de
JuS	Juristische Schulung Zeitschrift für Studium und praktische Ausbildung	9/2010	www.beck.de
JZ	Juristenzeitung -	17/2010	www.mohr.de
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht - Zeitschrift für die Zivilrechtspraxis	17/2010	www.otto-schmidt.de
NJW	Neue Juristische Wochenschrift -	37/2010	www.beck.de
RÜ	Rechtsprechungsübersicht -	9/2010	www.alpmann-schmidt.de
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung - Revue Suisse de Jurisprudence (RSJ)	16-17/2010	www.schulthess.com
Streit	Streit - Feministische Rechtszeitschrift	2/2010	www.fhverlag.de
ZAP	Zeitschrift für die Anwaltspraxis - Mit Anwaltsmagazin	17/2010	www.zap-verlag.de
ZSchwR II	Zeitschrift für Schweizerisches Recht - II. Halbband - Referate und Mitteilungen des Schweizerischen Juristenvereins (SJV)	1-2/2010	www.helbing.ch

3. Staats- und Verfassungsrecht

BWV	Bundeswehrverwaltung - Fachzeitschrift für Administration	8/2010	www.heymanns.com
Das Parlament	Das Parlament -	36-37/2010	www.fsd.de

4. Gesetze und Verordnungen

BGBl. I	Bundesgesetzblatt Teil I -	46/2010	www.bundesanzeiger.de
BGBl. II	Bundesgesetzblatt Teil II -	24/2010	www.bundesanzeiger.de
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt	57-58/2010	www.heymanns.com

5. Landesrecht | Kommunalrecht

BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter - Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	17/2010	www.boorberg.de
FuBW	Die Fundstelle für die kommunale Praxis in Baden-Württemberg - Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	17/2010	www.boorberg.de
FuNds	Die Fundstelle für die kommunale Praxis Niedersachsen - Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	17/2010	www.boorberg.de
KommJur	Kommunaljurist - Rechtsberater für Gemeinden, Landkreise, Gemeindeverbände und kommunale Wirtschaftsunternehmen	8/2010	www.nomos.de
SächsVBl.	Sächsische Verwaltungsblätter - Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	9/2010	www.boorberg.de
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg - Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	9/2010	www.boorberg.de

6. Verwaltungsrecht

DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt -	17/2010	www.heymanns.com
NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter - Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	9/2010	www.boorberg.de
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter - Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	9/2010	www.boorberg.de
Polizei	Die Polizei - Zentralorgan für das Sicherheits- und Ordnungswesen mit Beiträgen aus der Polizei-Führungsakademie	9/2010	www.heymanns.com

7. Glaube | Religion | Kirche

ZevKR	Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht -	Bd. 55 3/2010	www.mohr.de
-------	--	------------------	-------------

8. Gerichtsverfassung | Prozessrecht

- keine Einträge -

9. Privatrecht

- keine Einträge -

10. Familie | Partnerschaft | Trennung | Erbe

ErbR	Zeitschrift für die gesamte erbrechtliche Praxis -	9/2010	www.luchterhand.de
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht - mit Betreuungsrecht, Erbrecht, Verfahrensrecht, Öffentlichem Recht	17/2010	www.gieseking-verlag.de
FF	Forum Familienrecht -	7-8/2010	www.anwaltverlag.de
FuR	Familie und Recht - Zeitschrift für die anwaltliche und gerichtliche Praxis	9/2010	www.luchterhand.de
ZFE	Zeitschrift für Familien- und Erbrecht -	9/2010	www.zap-verlag.de

11. Verkehr | Transport

SVR	Straßenverkehrsrecht - Zeitschrift für die Praxis des Verkehrsjuristen - Verkehrsivilrecht / Ordnungswidrigkeiten / Strafrecht / Versicherungsrecht / Verkehrsverwaltungsrecht (setzt PVR fort)	8/2010	www.nomos.de
Verkehrsjurist	Rechtszeitschrift des ACE -	3/2010	www.ace-online.de
VRA	Verkehrsrecht aktuell - Informationsdienst für die Rechtsanwaltskanzlei	9/2010	www.iww.de
VRS	Verkehrsrechts-Sammlung -	Bd. 119 1/2010	www.ESV.info

12. Strafrecht und Nebengebiete

MschKrim	Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform -	4/2010	www.heymanns.com
PStR	Praxis Steuerstrafrecht - Steuerverkürzung - Steuerfahndung - Steuerberatung - Strafverteidigung	9/2010	www.iww.de
StV	Strafverteidiger -	9/2010	www.luchterhand.de
ZfStrVo	Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe - bis 1973: Zeitschrift für Strafvollzug	4/2010	www.forum-strafvollzug.de

13. Arbeitswelt | Arbeitsrecht

EBE/BAG	Eildienst Bundesgerichtliche Entscheidungen - BAG -	17/2010	www.boorberg.de
EzA	Entscheidungssammlung zum Arbeitsrecht - Loseblattwerk	8/2010	www.luchterhand.de
EzA-SD	Entscheidungssammlung zum Arbeitsrecht Schnelldienst - Arbeitsrechtliche Sofortinformation	18/2010	www.luchterhand.de
LAGE	Entscheidungen der Landesarbeitsgerichte - Loseblattwerk	8/2010	www.luchterhand.de
PERSONAL	PERSONAL - Zeitschrift für Human Resource Management	9/2010	www.vhb.de
PersV	Die Personalvertretung - Fachzeitschrift des gesamten Personalwesens für Personalvertretungen und Dienststellen	9/2010	www.ESV.info
RdA	Recht der Arbeit -	4/2010	www.beck.de
SPA	Schnellbrief für Personalwirtschaft und Arbeitsrecht - Aktuelle Gesetzgebung, neue Rechtsprechung und alle wichtigen Trends für die Personalarbeit	17/2010	www.beck.de
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht -	9/2010	www.kohlhammer.de

14. Sozialrecht

br	Behindertenrecht - Fachzeitschrift für Fragen der Rehabilitation. Erscheint unter Mitwirkung der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Hauptfürsorgestellen mit besonderer Berücksichtigung der Gebiete Schwerbehindertenrecht - Kriegsopferversorgung - Kriegsopferfürsorge	5/2010	www.boorberg.de
Breith.	Breithaupt (Sammlung von Entscheidungen aus dem Sozialrecht) - Sammlung von Entscheidungen aus dem Sozialrecht	8/2010	www.boorberg.de
SOZIALwirtschaft aktuell	Infodienst für das Management in der Sozialwirtschaft -	15-16/2010	www.nomos.de
SZS	Schweizerische Zeitschrift für Sozialversicherung und berufliche Vorsorge - Publikationsorgan der Konferenz der kantonalen BVG-Aufsichtsbehörden	4/2010	www.staempfli.com
ZfSH/SGB	Zeitschrift für Sozialhilfe und Sozialgesetzbuch - Sozialrecht in Deutschland und Europa	8/2010	www.rss.de

15. Wirtschaftsrecht

AG	Die Aktiengesellschaft - Zeitschrift für das gesamte Aktienwesen, für deutsches, europäisches und internationales Unternehmens- und Kapitalmarktrecht	17/2010	www.otto-schmidt.de
BB	Betriebs-Berater - Zeitschrift für Recht und Wirtschaft	37/2010	www.ruw.de
DB	DER BETRIEB - Wochenschrift für Betriebswirtschaft, Steuerrecht, Wirtschaftsrecht, Arbeitsrecht	35/2010	www.vhb.de
GmbHR	GmbH-Rundschau - Gesellschafts- und Steuerrecht der GmbH und GmbH & Co.	17/2010	www.otto-schmidt.de
SWK	Steuer- und WirtschaftsKartei (Österreich) -	25/2010	www.lindeverlag.at
VuR	Verbraucher und Recht - Zeitschrift für Wirtschafts- und Verbraucherrecht	8/2010	www.nomos.de
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht - mit Beihefter: Insolvenzreport	36/2010	www.zap-verlag.de
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis - (bis 1980: Insolvenzrecht)	35/2010	www.rws-verlag.de

16. Wettbewerbsrecht | Kartellrecht

- keine Einträge -

17. Gewerblicher Rechtsschutz

GRUR-Prax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Praxis im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht	16/2010	www.beck.de
-----------	---	---------	-------------

18. Steuerrecht

BiB	Beraterpraxis im Blickpunkt - Aktuelle Informationen für die steuerliche Beratung	26/2010	www.deubner-verlag.de
DStR	Deutsches Steuerrecht - Wochenschrift für Steuerrecht, Wirtschaftsrecht und Betriebswirtschaft / Organ der Bundessteuerberaterkammer	35/2010	www.beck.de
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung - In Zusammenarbeit mit: Arbeitsgemeinschaft der Fachanwälte für Steuerrecht e.V.	17/2010	www.stollfuss.de
EC Tax Review	EC Tax Review -	4/2010	www.kluwerlaw.com
EStB	Der Ertrag-Steuer-Berater - Informationsdienst für ESt - KSt - GewSt - UmwSt - ErbSt	8/2010	www.otto-schmidt.de
FinanzArchiv	Finanzarchiv - Public Finance Analysis	2/2010	www.mohr.de
FR	Finanz-Rundschau Ertragsteuerrecht ESt - KSt - GewSt - UmwSt - ErbSt	17/2010	www.otto-schmidt.de
Intertax	Intertax -	8-9/2010	www.kluwerlaw.com
lStR	Internationales Steuerrecht - Monatsschrift für europäische und internationale Steuer- und Wirtschaftsberatung	17/2010	www.beck.de
NWB	Neue Wirtschafts-Briefe Zeitschrift für Steuer- und Wirtschaftsrecht	36/2010	www.nwb.de
NWB direkt	Neue Wirtschafts-Briefe - direkt Der wöchentliche Infodienst für Steuerberater	35/2010	www.nwb.de
StBMag	Steuerberater Magazin - Branche - Kanzlei - Mensch	9/2010	www.nwb.de
StBW	Die Steuer-Berater-Woche Gesetze - Urteile - Erlasse - Literatur - Überblick	17/2010	www.otto-schmidt.de
Steufa-Z	Zeitschrift für Steuerfachangestellte -	60/2010	www.deubner-verlag.de
StX	Steuer-Telex - Kommentiertes Steuerrecht im Überblick	35/2010	www.deubner-verlag.de
UR	Umsatzsteuer-Rundschau Hrsg. in Verbindung mit dem UmsatzsteuerForum e.V.	17/2010	www.otto-schmidt.de
WISO-SteuerBrief	WISO-SteuerBrief -	9/2010	www.iww.de

19. Umwelt | Agrar | Energie

Bodenschutz	Erhaltung, Nutzung und Wiederherstellung von Böden Organ des BVB	3/2010	www.ESV.info
EPL	Environmental Policy and Law -	2-3/2010	www.iospress.nl
MuA	Müll und Abfall Fachzeitschrift für Behandlung und Beseitigung von Abfällen (Organ für Entsorgungspraxis und Kreislaufwirtschaft)	8/2010	www.ESV.info
UPR	Umwelt- und Planungsrecht Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis	9/2010	www.jehle-rehm.de

20. Bauen | Wohnen | Immobilien

Bauen + Energie	Informationsdienst für Planer, Baugewerbe und Energieberater -	8/2010	www.bundesanzeiger.de
BBB	BundesBauBlatt - hrsg. vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	9/2010	www.bundesbaublatt.de
GuG	Grundstücksmarkt und Grundstückswert - Zeitschrift für Immobilienwirtschaft, Bodenpolitik und Wertermittlung (Verbandszeitschrift des Bundesverbandes Deutscher Grundstückssachverständiger (BDGS))	5/2010	www.luchterhand.de
I&F	Immobilien & Finanzierung - Der Langfristige Kredit	17/2010	www.kreditwesen.de
IBR	Immobilien- & Baurecht -	9/2010	www.ibr-online.de
IWR	Immobilienwirtschaft - Das Fachmagazin für Management, Recht und Praxis	9/2010	www.haufe.de
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht - Miete, Wohnungseigentum, Pacht, Makler- und Bauträgerrecht, Steuern, Wohnungswirtschaft, Versicherung, Immobilienleasing, Time-Sharing, (vereint mit NJWE-MietR),	16/2010	www.beck.de

21. Gesundheit | Medizin | Lebensmittel

ArztR	Arztrecht - Kompendium des gesamten Rechts der Medizin. Offizielles Organ der Arbeitsgemeinschaft für Arztrecht	9/2010	www.arztr.de
MedR	Medizinrecht -	8/2010	www.beck.de / www.springer.de/law/index.html
ZMGR	Zeitschrift für das gesamte Medizin- und Gesundheitsrecht - hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Medizinrecht im DAV	4/2010	www.anwaltverlag.de

22. Medien | Telekommunikation | Post | Internet

DuD	Datenschutz und Datensicherheit - Recht und Sicherheit in Informationsverarbeitung und Kommunikation	9/2010	www.gabler.de
-----	--	--------	---------------

23. Versicherung | Banken | Wertpapiere

CFL	CORPORATE FINANCE law - Kapitalmarkt, Finanzierung, Mergers & Acquisitions	5/2010	www.vhb.de
Kreditwesen	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen - Pflichtblatt der Frankfurter Wertpapierbörse	17/2010	www.kreditwesen.de
Versicherungswesen	Zeitschrift für Versicherungswesen - Unabhängiges Fachorgan für die Versicherungspraxis	15-16/2010	www.allgemeiner-fachverlag.de
VersR	Versicherungsrecht - Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht	25-26/2010	www.vvw.de/vvw
WM	Wertpapier-Mitteilungen Teil IV - Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht	35/2010	www.wertpapiermitteilung.com
WuB	Entscheidungen zum Wirtschafts- und Bankrecht -	8/2010	www.wertpapiermitteilung.com

24. Asylrecht | Ausländerrecht

AuAS	Schnelldienst Ausländer- und Asylrecht	17/2010	www.luchterhand.de
AWR-Bulletin	Vierteljahresschrift für Flüchtlingsfragen -	1/2010	www.bwv-verlag.de
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik	8/2010	www.nomos.de

25. Europa | Europarecht

EuR	Europarecht	4/2010	www.nomos.de
EurUP	Zeitschrift für Europäisches Umwelt- und Planungsrecht -	4/2010	www.lexxion.de
Integration	Integration Vierteljahreszeitschrift des Instituts für Europäische Politik	3/2010	www.nomos.de
Osteuropa	Osteuropa Hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde	8/2010	www.bwv-verlag.de

26. Internationales Recht

27. Politik | Geschichte | Philosophie | Soziologie

APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte - Beilage Das Parlament	36-37/2010	www.das-parlament.de
Blätter	Blätter für deutsche und internationale Politik -	8/2010	www.blaetter.de
GWP	Gesellschaft - Wirtschaft - Politik	2/2010	www.budrich-verlag.de
Leviathan	Leviathan - Zeitschrift für Sozialwissenschaft	1/2010	www.westdeutschervlg.de
NG/FH	Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung	7-8/2010	www.frankfurter-hefte.de
ÖZP	Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft -	1/2010	www.oezp.at
PVS	Politische Vierteljahresschrift Zeitschrift der deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft	1/2010	www.westdeutscher-verlag.de
RuP	Recht und Politik Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik	3/2010	www.nomos.de
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte	2/2010	www.oldenbourg.de
WPO	WORLD POLITICS - Quarterly Journal of International Relations	1/2010	journals.cambridge.org/ wpo
WZBM	WZB Mitteilungen Mitteilungen des Wissenschaftszentrums Berlin	128/2010	www.wzb.eu
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik - mit Rechtspolitischer Umschau	6/2010	www.beck.de

28. Wirtschaftswissenschaften

IndBez	Industrielle Beziehungen	1/2010	www.hampp-verlag.de
NWB-BB	Betriebswirtschaftliche Beratung	9/2010	www.nwb.de
WPg	Die Wirtschaftsprüfung - Der Berater der Wirtschaft	17/2010	www.idw.de
wisu	das wirtschaftsstudium	5-6/2010	www.wisu.de

29. Sonstiges

- keine Einträge -

ZEITSCHRIFTENLISTE - ALPHABETISCH - 36. Kalenderwoche

Abkürzungen und Titel sind mit LINKS versehen,
die Sie direkt zu den Inhaltsverzeichnissen führen !

AG	Die Aktiengesellschaft - Zeitschrift für das gesamte Aktienwesen, für deutsches, europäisches und internationales Unternehmens- und Kapitalmarktrecht	17/2010
AG/KOMPAKT	Anwaltsgebühren kompakt - Infodienst für Mitarbeiter	8/2010
AGS	Anwalts Gebühren Spezial Zeitschrift für das gesamte Gebührenrecht und Anwaltsmanagement	8/2010
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte - Beilage Das Parlament	36-37/2010
ArztR	Arztrecht - Kompendium des gesamten Rechts der Medizin. Offizielles Organ der Arbeitsgemeinschaft für Arztrecht	9/2010
AuAS	Schnelldienst Ausländer- und Asylrecht Ausländer- und asylrechtlicher Rechtsprechungsdienst	17/2010
AWR-Bulletin	Vierteljahresschrift für Flüchtlingsfragen -	1/2010
Bauen + Energie	Informationsdienst für Planer, Baugewerbe und Energieberater -	8/2010
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	17/2010
BB	Betriebs-Berater - Zeitschrift für Recht und Wirtschaft	37/2010
BBB	BundesBauBlatt - hrsg. vom Bundesministerium für Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen	9/2010
BGBI. I	Bundesgesetzblatt Teil I -	46/2010
BGBI. II	Bundesgesetzblatt Teil II -	24/2010
BiB	Beraterpraxis im Blickpunkt - Aktuelle Informationen für die steuerliche Beratung	26/2010
Blätter	Blätter für deutsche und internationale Politik -	8/2010
Bodenschutz	Erhaltung, Nutzung und Wiederherstellung von Böden - Organ des BVB	3/2010
br	Behindertenrecht - Fachzeitschrift für Fragen der Rehabilitation. Erscheint unter Mitwirkung der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Hauptfürsorgestellen mit besonderer Berücksichtigung der Gebiete Schwerbehindertenrecht - Kriegsopferversorgung - Kriegsopferfürsorge	5/2010
Breith.	Breithaupt (Sammlung von Entscheidungen aus dem Sozialrecht) Sammlung von Entscheidungen aus dem Sozialrecht	8/2010
BWV	Bundeswehrverwaltung - Fachzeitschrift für Administration	8/2010
CFL	CORPORATE FINANCE law - Kapitalmarkt, Finanzierung, Mergers & Acquisitions	5/2010
Das Parlament	Das Parlament -	36-37/2010
DB	DER BETRIEB Wochenschrift für Betriebswirtschaft, Steuerrecht, Wirtschaftsrecht, Arbeitsrecht	35/2010

DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift - Verkündungsblatt der Bundesnotarkammer	8/2010
DRiZ	Deutsche Richterzeitung - Organ des Deutschen Richterbundes Bund der Richter und Staatsanwälte in der Bundesrepublik Deutschland e.V.	7-8/2010
DStR	Deutsches Steuerrecht - Wochenschrift für Steuerrecht, Wirtschaftsrecht und Betriebswirtschaft / Organ der Bundessteuerberaterkammer	35/2010
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung - In Zusammenarbeit mit: Arbeitsgemeinschaft der Fachanwälte für Steuerrecht e.V.	17/2010
DuD	Datenschutz und Datensicherheit Recht und Sicherheit in Informationsverarbeitung und Kommunikation	9/2010
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt -	17/2010
EBE/BAG	Eildienst Bundesgerichtliche Entscheidungen - BAG	17/2010
EBE/BGH	Eildienst Bundesgerichtliche Entscheidungen - BGH	35/2010
EC Tax Review	EC Tax Review -	4/2010
EPL	Environmental Policy and Law -	2-3/2010
ErbR	Zeitschrift für die gesamte erbrechtliche Praxis -	9/2010
EStB	Der Ertrag-Steuer-Berater - Informationsdienst für Est - KSt - GewSt - UmwSt - ErbSt	8/2010
EuR	Europarecht ersch. in Verbindung mit der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Europarecht	4/2010
EurUP	Zeitschrift für Europäisches Umwelt- und Planungsrecht -	4/2010
EzA	Entscheidungssammlung zum Arbeitsrecht - Loseblattwerk	8/2010
EzA-SD	Entscheidungssammlung zum Arbeitsrecht Schnelldienst Arbeitsrechtliche Sofortinformation	18/2010
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht mit Betreuungsrecht, Erbrecht, Verfahrensrecht, Öffentlichem Recht	17/2010
FF	Forum Familienrecht -	7-8/2010
FinanzArchiv	Finanzarchiv - Public Finance Analysis	2/2010
FR	Finanz-Rundschau Ertragsteuerrecht - Est - KSt - GewSt - UmwSt - ErbSt	17/2010
FuBW	Die Fundstelle für die kommunale Praxis in Baden-Württemberg Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	17/2010
FuNds	Die Fundstelle für die kommunale Praxis Niedersachsen Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	17/2010
FuR	Familie und Recht - Zeitschrift für die anwaltliche und gerichtliche Praxis	9/2010
GmbHR	GmbH-Rundschau - Gesellschafts- und Steuerrecht der GmbH und GmbH & Co.	17/2010
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt	57-58/2010
GRUR-Prax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Praxis im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht	16/2010
GuG	Grundstücksmarkt und Grundstückswert Zeitschrift für Immobilienwirtschaft, Bodenpolitik und Wertermittlung (Verbandszeitschrift des Bundesverbandes Deutscher Grundstückssachverständiger (BDGS))	5/2010
GWP	Gesellschaft - Wirtschaft - Politik - Sozialwissenschaften für politische Bildung	2/2010
I&F	Immobilien & Finanzierung - Der Langfristige Kredit	17/2010
IBR	Immobilien- & Baurecht -	9/2010

IndBez	Industrielle Beziehungen - Zeitschrift für Arbeit, Organisation und Management	1/2010
Integration	Integration - Vierteljahreszeitschrift des Instituts für Europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration	3/2010
Intertax	Intertax -	8-9/2010
IStR	Internationales Steuerrecht Monatsschrift für europäische und internationale Steuer- und Wirtschaftsberatung	17/2010
IWR	Immobilienwirtschaft - Das Fachmagazin für Management, Recht und Praxis	9/2010
JA	Juristische Arbeitsblätter - Zeitschrift für Studenten und Referendare	8-9/2010
JuS	Juristische Schulung - Zeitschrift für Studium und praktische Ausbildung	9/2010
JZ	Juristenzeitung -	17/2010
KommJur	Kommunaljurist - Rechtsberater für Gemeinden, Landkreise, Gemeindeverbände und kommunale Wirtschaftsunternehmen	8/2010
KP	Kanzleiführung professionell - Aktives Kanzleimanagement - Honorarpolitik - Gebührenrecht des Steuerberaters	9/2010
Kreditwesen	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen - Pflichtblatt der Frankfurter Wertpapierbörse	17/2010
LAGE	Entscheidungen der Landesarbeitsgerichte - Loseblattwerk	8/2010
Leviathan	Leviathan - Zeitschrift für Sozialwissenschaft	1/2010
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht - Zeitschrift für die Zivilrechtspraxis	17/2010
MedR	Medizinrecht -	8/2010
MittBayNot	Mitteilungen des bayerischen Notarvereins, der Notarkasse und der Landesnotarkammer Bayern -	5/2010
MschKrim	Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform -	4/2010
MuA	Müll und Abfall - Fachzeitschrift für Behandlung und Beseitigung von Abfällen (Organ für Entsorgungspraxis und Kreislaufwirtschaft)	8/2010
NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	9/2010
NG/FH	Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte - hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung	7-8/2010
NJW	Neue Juristische Wochenschrift -	37/2010
NWB	Neue Wirtschafts-Briefe - Zeitschrift für Steuer- und Wirtschaftsrecht	36/2010
NWB direkt	Neue Wirtschafts-Briefe - direkt - Der wöchentliche Infodienst für Steuerberater	35/2010
NWB-BB	Betriebswirtschaftliche Beratung Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Fragen rund um das Mandat des Steuerberaters	9/2010
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	9/2010
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht - Miete, Wohnungseigentum, Pacht, Makler- und Bauträgerrecht, Steuern, Wohnungswirtschaft, Versicherung, Immobilienleasing, Time-Sharing, (vereint mit NJWE-MietR),	16/2010
Osteuropa	Osteuropa - Herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde	8/2010
ÖZP	Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft -	1/2010
PERSONAL	PERSONAL - Zeitschrift für Human Resource Management	9/2010

PersV	Die Personalvertretung Fachzeitschrift des gesamten Personalwesens für Personalvertretungen und Dienststellen	9/2010
Polizei	Die Polizei - Zentralorgan für das Sicherheits- und Ordnungswesen mit Beiträgen aus der Polizei-Führungsakademie	9/2010
PStR	Praxis Steuerstrafrecht Steuerverkürzung - Steuerfahndung - Steuerberatung - Strafverteidigung	9/2010
PVS	Politische Vierteljahresschrift Zeitschrift der deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft	1/2010
RdA	Recht der Arbeit -	4/2010
RÜ	Rechtsprechungsübersicht -	9/2010
RuP	Recht und Politik - Vierteljahresshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik	3/2010
SächsVBl.	Sächsische Verwaltungsblätter Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	9/2010
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung - Revue Suisse de Jurisprudence (RSJ)	16-17/2010
SOZIALwirtschaft aktuell	Infodienst für das Management in der Sozialwirtschaft -	15-16/2010
SPA	Schnellbrief für Personalwirtschaft und Arbeitsrecht - Aktuelle Gesetzgebung, neue Rechtsprechung und alle wichtigen Trends für die Personalarbeit	17/2010
StBMag	Steuerberater Magazin - Branche - Kanzlei - Mensch	9/2010
StBW	Die Steuer-Berater-Woche - Gesetze - Urteile - Erlasse - Literatur - Überblick	17/2010
Steufa-Z	Zeitschrift für Steuerfachangestellte -	60/2010
Streit	Streit - Feministische Rechtszeitschrift	2/2010
StV	Strafverteidiger -	9/2010
StX	Steuer-Telex - Kommentiertes Steuerrecht im Überblick	35/2010
SVR	Straßenverkehrsrecht - Zeitschrift für die Praxis des Verkehrsjuristen - Verkehrszivilrecht / Ordnungswidrigkeiten / Strafrecht / Versicherungsrecht / Verkehrsverwaltungsrecht	8/2010
SWK	Steuer- und Wirtschaftskartei (Österreich) -	25/2010
SZS	Schweizerische Zeitschrift für Sozialversicherung und berufliche Vorsorge Publikationsorgan der Konferenz der kantonalen BVG-Aufsichtsbehörden	4/2010
UPR	Umwelt- und Planungsrecht - Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis	9/2010
UR	Umsatzsteuer-Rundschau - Hrsg. in Verbindung mit dem UmsatzsteuerForum e.V.	17/2010
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	9/2010
Verkehrsjurist	Rechtszeitschrift des ACE -	3/2010
Versicherung- swesen	Zeitschrift für Versicherungswesen Unabhängiges Fachorgan für die Versicherungspraxis	15-16/2010
VersR	Versicherungsrecht - Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht	25-26/2010
VfZ	Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte - hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte	2/2010
VRA	Verkehrsrecht aktuell - Informationsdienst für die Rechtsanwaltskanzlei	9/2010

VRS	Verkehrsrechts-Sammlung -	Bd. 119 1/2010
VuR	Verbraucher und Recht - Zeitschrift für Wirtschafts- und Verbraucherrecht	8/2010
WISO-SteuerBrief	WISO-SteuerBrief -	9/2010
wisu	das wirtschaftsstudium Zeitschrift für Ausbildung, Examen, Berufseinstieg und Fortbildung	5-6/2010
WM	Wertpapier-Mitteilungen Teil IV - Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht	35/2010
WPg	Die Wirtschaftsprüfung - Der Berater der Wirtschaft	17/2010
WPO	WORLD POLITICS - Quarterly Journal of International Relations	1/2010
WuB	Entscheidungen zum Wirtschafts- und Bankrecht -	8/2010
WZBM	WZB Mitteilungen - Mitteilungen des Wissenschaftszentrums Berlin	128/2010
ZAP	Zeitschrift für die Anwaltspraxis - Mit Anwaltsmagazin	17/2010
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik mit Beilage ANA-ZAR (Anwaltsnachrichten Ausländer- und Asylrecht)	8/2010
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht -	9/2010
ZevKR	Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht -	Bd. 55 3/2010
ZFE	Zeitschrift für Familien- und Erbrecht -	9/2010
ZfSH/SGB	Zeitschrift für Sozialhilfe und Sozialgesetzbuch - Sozialrecht in Deutschland und Europa	8/2010
ZfStrVo	Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe - bis 1973: Zeitschrift für Strafvollzug	4/2010
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht - mit Beihefter: Insolvenzreport	36/2010
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis - (bis 1980: Insolvenzrecht)	35/2010
ZMGR	Zeitschrift für das gesamte Medizin- und Gesundheitsrecht - hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Medizinrecht im DAV	4/2010
ZNotP	Zeitschrift für die NotarPraxis	9/2010
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik - mit Rechtspolitischer Umschau	6/2010
ZSchwR II	Zeitschrift für Schweizerisches Recht - II. Halbband Referate und Mitteilungen des Schweizerischen Juristenvereins (SJV)	1-2/2010